

Pölsener Zeitung.

Fünfundsechzigster

Jahrgang.

Mittwoch, 21. August

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 3 Sgr. die sechsgehaltene Zeile ober
deren Raum, dreigehaltene Zeilen 5 Sgr., und
an die Expedition zu richten und werden für die an
dem selben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

1872.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen
außer in der Expedition
bei Bruckh (C. H. Mirci & Co.)
Brestische 14;
in Gnesen
bei Herrn H. Spindler,
Markt u. Friedrichstr. Ecke 4;
in Grah bei Herrn J. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
C. F. Naube & Co.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Rudolph Hoffe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel:
Hansen & Vogler;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kahlh.

Nr. 390.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt
Sonntags täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Das Budgetrecht und die Reorganisation der Artillerie.

Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt zu der auch von uns mitgetheilten Meldung der „D. N. C.“ (Nr. 384 d. Bl.) über angebliche Verhandlungen darüber, ob die neue Organisation der Artillerie ohne die vorgängige Genehmigung des Reichstags ins Werk gesetzt werden solle: Wir können versichern, daß diese Mittheilung mindestens stark ge-
färbt ist. Daß die Bewilligung des Reichstages überhaupt besprochen worden ist, unterliegt wohl keinem Zweifel; aber bis zu vielfachen Verhandlungen ist noch ein großer Schritt, der offenbar nicht gethan zu werden braucht, da die Sache von vorn herein so klar wie möglich war. Sobald die Nothwendigkeit und die Form der Reorganisation vom militärischen Standpunkte feststand, konnte die Ausführung schwerlich durch solche Verhandlungen aufgehalten werden, da zunächst weder die Mannschaftebestände zu fürchten war und an der Bewilligung des Reichstags in seiner ordentlichen Session nicht gezweifelt werden darf.

Daß die für Militärstaat und Absolutismus schwärmende „Kreuz-
zeitung“ die Sache entschieden sieht, wenn das Urtheil „vom mili-
tärischen Standpunkte“ gefällt ist, nimmt uns nicht Wunder, aber desto mehr erstaunen wir, wenn Organe, welche bislang als Freunde des Verfassungsrechts bekannt waren, einer Theorie huldigen, der man es anseht, daß ihnen das Pauschquantum die konstitutionelle Feinfühligkeit geschwächt hat. Auffälliger Weise läßt die „Nat. Z.“ der „Neuen Preussischen“ noch einen Vorsprung in der Anerkennung der Rechte des Reichstags, denn das konservative Blatt fühlt wenigstens das Bedürfnis nach einer nachträglichen „Bewilligung des Reichstages“, während einzelne Organe der national-liberalen Partei sich zu der Anschauung bekennen, die Reichsregierung dürfe innerhalb des Pauschquantums jegliche Veränderung der Heeresorganisation vornehmen, ohne die Zustimmung des Reichstags einzuholen. Die Militärbehörde könne mithin auch solche Einrichtungen treffen, welche, wenn sie bestehen bleiben, zwar nicht in den Jahren 1871, 1872 und 1873 aber später den Etat höher belasten, indem zu Gunsten der umzuformenden Artillerie Bedürfnisse eingeschränkt werden, deren Nothwendigkeit allerseits zugegeben wird und welche in Folge der Einschränkung später nur zu desto größeren Mehrforderungen führen.

Denn darüber herrscht in der Presse fast kein Zweifel, daß wenn Herr v. Roon auch jetzt mit dem Pauschquantum ankommt, er später mit der Reorganisation der Artillerie eine Erhöhung des Budgets begründen wird. Erscheint es doch fast unbegreiflich, wie derselbe mit dem Pauschquantum, das er sonst als dürftig und nicht auskömmlich hinstellte, noch eine kostspielige Reorganisation vornehmen kann. Die „Schlef. Ztg.“ sieht diese Möglichkeit nicht nur in umfassenden Beurlaubungen, wodurch die faktische Dienstzeit auf etwa 2½ Jahr reduziert würde, sondern ganz besonders auch in der Aushilfe, welche die als Retablisementgelder zur Verfügung stehenden ungezählten Milliarden nach anderen Richtungen hin gewähren.

Indessen ob Ersparnisse oder außergewöhnliche Hilfsmittel den Mehraufwand der Reorganisation decken, in jedem Falle befürchtet man dadurch eine spätere Erhöhung des Budgets, und es entsteht die Frage: Darf die Regierung unter diesen Umständen eine Reorganisation vornehmen, ohne die Bewilligung des Reichstags einzuholen?

Vom Standpunkte des strikten Buchstabenrechts zögern wir nicht, diese Frage zu bejahen: das Parlament hat der Regierung die Vollmacht gegeben, mit dem Pauschquantum gut und gerecht zu wirtschaften, und wenn sie dieses nicht überschreitet, so hat sich die Volksvertretung um die Einzelheiten der Militärverwaltung nicht zu kümmern, selbst wenn die Regierung Präjudiz schafft, denn der Reichstag kann ja später, sobald die Zeit des Pauschquantums abgelaufen ist, alle Mehrforderungen für neue Organisationen streichen. Gewiß, einen anderen Weg, um die konstitutionelle Selbstständigkeit der Volksvertretung zu wahren, giebt es nicht. Wir lassen es dahin gestellt, ob dieses „absolute Budgetrecht“ der parlamentarischen Maschinerie dienlich oder auch nur eigenthümlich ist, aber jedenfalls dürfte die kaiserliche Regierung damit nicht einverstanden sein, und es müßte deshalb befremden, wenn sie die Prämisse der willkürlichen Verwendung des Pauschquantums schaffen wollte, ohne die Konsequenz des „absoluten Budgetrechts“ anzuerkennen. Freilich hofft die Regierung, wie die „Kreuzzeitung“ verräth, auf die nachträgliche Bewilligung des Reichstags, indessen warum holt sie dann nicht vorher die Bewilligung ein anstatt das Parlament in Verdacht zu bringen, es habe unter dem Drucke einer vollendeten Thatsache — in einer Zwangslage — seine Zustimmung erteilt? Auf diese Weise wird sich das deutsche Volk für das nationale Parlament, jenes mächtigste Bindemittel der verschiedenen Stämme und Parteien schwerlich begeistern.

Es handelt sich also um die Frage, welche Bedeutung das Pauschquantum hat, und da scheint uns die „Schlef. Z.“ durchaus das Richtige zu treffen, wenn sie gegenüber den Widerlegungen der „Nat. Z.“ die Behauptung aufrecht erhält, daß die Voraussetzung und Grundlage der Pauschalbewilligung, wie das Ensemble der Verhandlungen von 1867 beweist, die damals bestehende (und demnach durch die vom Reichstage sanctionirten Staatsverträge auf ganz Deutschland übertragene) Heeresorganisation sei. Die „Schl. Z.“ sagt:

Indem der Reichstag auf dieser allgemeinen Grundlage der Regierung ein Pauschquantum bewilligte, gestattete er allerdings rechnungsmäßige Uebertragungen, vielleicht auch organisatorische Aenderungen im Detail, jedenfalls aber waltete das Vertrauen, daß die Regierung nicht innerhalb der ihr zugewiesenen Pauschalsumme mittels zeitweiliger Ersparnisse eine neue Organisation schaffen werde, die, wenn nicht streng staatsrechtlich, so doch thatsächlich zur späteren Bewilligung eines weit höheren Etats zwingen würde. Der weiteste der Regierung zugestandene Spielraum würde darin zu erkennen sein, wenn man es beispielsweise als zulässig erachtete, die bestehen-

den Kürassierregimenter aufzulösen und dafür die Dragonerregimenter um je eine oder zwei Feldschwadronen zu vermehren, oder auch die Jägerbataillone zu verdoppeln, sofern durch solche Maßregeln der durchschnittliche Präsenzstand nicht vermehrt und der gesammte Geldaufwand für die Armee nicht gesteigert, für die Zukunft eine Etats-
erhöhung nicht bedingt würde. Absolut unzulässig aber würde beispiels-
weise sein, wenn die Regierung etwa 1. Jahr vor Ablauf des Interims bei der Infanterie ausnahmsweise große Beurlaubungen eintreten ließe und aus den hierdurch ersparten Geldern die Armee um eine beliebige Anzahl neuer Kavallerieregimenter vermehrte und so den Reichstag bei der nächsten Etatsvorlage vor ein fait accompli stellte, das eine dauernde Mehrausgabe von 10 oder 20 Millionen bedingen würde. Zu Konsequenzen letzterer Art aber führt die Loyalität des Pessimismus. Nach der Theorie der Nationalzeitung müßten derartige und selbst noch weiter greifende Maßnahmen mit logischer Nothwendigkeit unbedingt gebilligt werden; eine Theorie, die in ihren Konsequenzen zu Absurditäten führt, ist an sich falsch. Wir beharren auf der Ansicht, daß die Regierung kein Recht hat, ohne Zustimmung des Reichstags die Zukunft des Landes finanziell zu engagieren, und dürfen uns in dieser Ueberzeugung durch die bereitwillig anerkannte Zweckmäßigkeit der in Aussicht genommenen Reorganisation nicht im geringsten beirren lassen.

Zur Unterstützung ihrer Rechtsauffassung führt nun die „Nat.-
Zeitung“ — und ebenso die mit ihr fast wörtlich übereinstimmende „N. Stettiner Ztg.“ — nachstehenden Auszug aus einer Rede des Abgeordneten Lasker an:

„Das Geld ist die geringere Seite der Sache. Die Bedeutung der Sache ist die Vollmacht für die Regierung, die Verwaltung völlig frei zu führen ohne jede parlamentarische Kontrolle, die Vollmacht für die Regierung, Organisationen vorzunehmen, welche ihr belieben, und sich nicht zu binden an Einsprüche und Hindernisse, welche diese möglicherweise in der Volksvertretung hervorrufen können. Sobald Sie ein Pauschquantum bewilligen, kann der Kriegsminister mit diesem Gelde machen was er will. Sie kann Organisationen, Formationen vornehmen, soweit das Geld nur reicht, und dann hat sie einen thatsächlichen Zustand geschaffen, wirksam nach der Zeit des Pauschquantums, den wir anerkennen müssen, wenn wir nicht vor einem Konflikt stehen wollen.“

Siehegen bemerkt die „Schlef. Z.“: Gerade dies Argument spricht, sofern nur die Thatsachen in Betracht genommen werden, für unsere Behauptung. Lasker trennte sich damals von der nationalliberalen Partei, er wollte (gleich der Fortschrittspartei) weder ein dreijähriges noch ein zweijähriges Pauschquantum, ihm genigten die Garantien nicht, welche in unseren oben angeführten Voraussetzungen erkannt werden durften, sein Standpunkt also gebot es, die Sache auf die Spitze zu treiben und die Konsequenzen darzulegen, welche von einem ganz abstrakten, jede sittliche Voraussetzung bei Seite lassenden Rechtsstandpunkt vielleicht gezogen werden könnten. Wenn die „Nationalzeitung“ sagt, daß sich Niemand gegen diese Ausführungen erhoben habe, so erklären wir dagegen, daß die große Majorität des Reichstags durch ihr Votum in wirksamster Weise dagegen protestirt hat. Hätte der Reichstag Laskers Anschauungen getheilt, wäre er nicht von der sittlich berechtigten Voraussetzung ausgegangen, daß die Regierung der Zukunft nicht vorgreifen, dem künftigen Reichstage keine Zwangslage schaffen dürfe, dann hätte sie zweifellos kein dreijähriges Pauschquantum bewilligt. Eine deutsche Nationalvertretung würde sich zu einem Schritte in diesem Sinne nimmermehr haben bereifinden lassen.

Sehr richtig! Die Annahme, daß der Reichstag Herrn v. Roon durch das Pauschquantum einen Freibrief für alle Willkürlichkeiten geben wollte, wenn nur nicht mehr Mannschaften oder mehr Geld gefordert würden, ist einer parlamentarischen Versammlung schon deshalb unwürdig, weil sie zu absurden Konsequenzen führen könnte. Denn wenn die einzige Bedingung des Pauschquantums das Nichtüberschreiten jener Ziffern wäre, so müßte es sich der Reichstag auch gefallen lassen, wenn die Militärverwaltung die Summe der Mannschaften verringerte und die Ersparnisse zu Luxusbanten oder Gehalts-
erhöhungen einer Serie von Offizieren verwenden möchte. Der Reichstag hat dies auch nicht verboten, weil er eben die bestehende Heeresorganisation als Voraussetzung seiner Pauschalbewilligung annahm. Und wenn die Regierung das Vertrauen des Reichstags in loyaler Weise zu schätzen weiß, dann legt sie, bevor sie irgend eine größere Veränderung vornimmt, dem Reichstage ein Heeresorganisationsgesetz vor.

Zu dem oben behandelten Gegenstande wird uns von offiziöser Seite geschrieben:

Die Polemik, welche sich in den jüngsten Wochen über die Frage der Reorganisation der Artillerieweisen in der Presse erhoben hat, muß nach Allem, was man darüber aus unterrichteten Kreisen erfährt, als eine durchaus verfrühte bezeichnet werden. Der Kriegsminister ist noch nicht in der Lage gewesen, sich über die wichtige Angelegenheit schlüssig zu machen und wird auch schwerlich vor der Rückkehr des Kaisers eine Entscheidung treffen. Die Annahme, daß es darüber zu einer Differenz zwischen der Militärverwaltung und der Reichsvertretung kommen werde, hat daher gegenwärtig keinerlei Berechtigung.

Man sieht, auch die Regierung setzt sich über die konstitutionellen Bedenken nicht so leicht weg.

Für den 10. deutschen Juristentag.

der bekanntlich in den Tagen vom 28. August bis 1. September in Frankfurt a. M. stattfindet, ist der „Frankf. deutschen Presse“ zufolge das nachstehende Programm entworfen:

Von Mittwoch, den 28. August, Morgens 9 Uhr, befindet sich das Empfangsbureau in den Parterrezimmern des Saalbaues; daselbst werden neue Anmeldungen zur Mitgliedschaft gegen 2 Thlr. angenommen (gelbe Karten) und die Anmeldungsstarke (violett) zum zehnten Juristentage gegen 1 Thlr. verabfolgt; ebendasselbst geschieht die Einreichung der Mittheilungen in die Abtheilungen des Juristentages. Ferner werden den Mittheilern zugestanden: a. das für den zehnten Juristentag bestimmte Abzeichen, b. die Festschrift, enthaltend das Statut, die Tagesordnung, das Programm, Bemerkungen dazu, eine kurze Rechts-
geschichte von Frankfurt und einen Plan der Stadt und c. alle für die Festlichkeiten nöthigen Karten, und es wollen die Vereinsmitglieder auch für ihre Damen, welche bei allen Festlichkeiten willkommen sind,

Karten erheben. Am Mittwoch, Abends 7 Uhr, beginnt in dem großen Saale die Begrüßung der Mitglieder (Eintritt gegen grüne Karten mit Coupon) bei einfachem Mahle und Musik. Donnerstag, 29. August, Morgens 9 Uhr, ist Plenarsitzung im großen Saale des Saalbaues, wobei die Bildung der Bureau und die Vertheilung der Verhandlungsgegenstände in die Abtheilungen geschieht, sodann der Bericht über die Rechtsentwicklung in Deutschland im letzten Jahre erstattet wird, und schließlich der Bericht über die Kasse des Juristentages erfolgt. Darauf Sitzungen der Abtheilungen in den Sälen des Saalbaues und der polytechnischen Gesellschaft. Nachmittags 3 Uhr ist Konzert im Zoologischen Garten, dessen Verwaltung bereitwilligst gegen Vorzeigung der Anmeldungsarten den Vereinsmitgliedern freien Eintritt gewährt. Abends 6½ Uhr: Festvorstellung im Theater; die Theater-Aktien-Gesellschaft hat in der liberalsten Weise den Mitgliedern freien Zutritt gewährt (die Theaterbilletts werden im Empfangsbureau des Juristentages nur am 28. August ausgetheilt). Nach dem Theater Restauration im Saalbau. Freitag, den 30. August, Vormittags: Abtheilungs-Sitzungen in den vorgedachten Lokalitäten. Nachmittags 3 Uhr: Konzert im Palmengarten, dessen Verwaltung den Vereinsmitgliedern gegen Vorzeigung der Anmeldungsarten freien Eintritt gewährt. Abends 7 Uhr: Gesellschaftliche Vereinigung und Vertheilung der Mitglieder in dem großen Saale des Saalbaues, veranstaltet von Bürgern der Stadt Frankfurt zu Ehren des Juristentages. Der Niederfranz hat bereitwilligst seine Mitwirkung zugesagt. (Eintritt gegen blaue Karten mit Coupon.) Sonnabend, den 31. August, Vormittags 9 Uhr: Plenar-Sitzung im großen Saale des Saalbaues. Nachmittags 4 Uhr: Festessen im Palmgarten (Eintritt gegen Blauquettarte mit Coupon, bis spätestens Donnerstag 12 Uhr gegen 2 Thlr. im Empfangsbureau zu erheben). Sonntag, den 1. September: Ausflug nach dem Niederwald; Extrazug nach Mainz und zurück von dem Verwaltungsrathe der Ludwigsbahn-Gesellschaft den Mitgliedern unentgeltlich angeboten; Dampfbootfahrt nach Rüdesheim und gemeinschaftliches Essen in der Rheinhalle daselbst (Karten roth, sind gegen 1½ Thlr. bis spätestens Donnerstag 12 Uhr im Empfangsbureau zu lösen).

Während des Juristentages wird sich bekanntlich in Frankfurt a. M. am 29. d. M. auch der deutsche Notariatsverein versammeln. Unter den Thematn, womit sich diese für den Rechtsverkehr in Deutschland der Einheit vorarbeitende Versammlung beschäftigen wird, befindet sich u. a. auch die Organisation juristischer Central-Syndikate. Der für den Notariatsverein hierüber ausgearbeitete Antrag spricht sich über das Thema im Wesentlichen folgendermaßen aus: Bereits bei den ersten Anfängen des Notariatsvereins ist die Idee zur Sprache gekommen den wissenschaftlichen Verband der Notare, welcher in dem Juristentage seine Entfaltung und Ergänzung hat, durch ein gemeinschaftliches Band zu verknüpfen, und dem Vereine durch wahrhaft praktische Nützlichkeit zugleich die Bedeutung eines Hilfsmittels für den Rechtsverkehr zu geben. Zunächst bis zur Herstellung einer einheitlichen Zivilgesetzgebung in Deutschland würde es sich darum handeln, dem Publikum nicht nur die Kenntniß des für den einzelnen Fall in dem einen oder dem andern deutschen Staate geltenden Rechts, sondern auch die Erlangung von Urkunden, Legalisationen, Legitimationsattesten und dgl. durch ein einheitliches Institut zu vermitteln. Die Schöpfung eines solchen Verbandes aus dem Schoße des Nationalvereins heraus, etwa in der Gestalt zusammenstretender Syndikate aus Mitgliedern des Notariats- und des Anwaltsstandes in den größeren Städten Deutschlands würde dem deutschen Verkehr eine solche Handhabe bieten. Die „Notariatszeitung“, welche selbstredend ihr bescheidenes Oktavformat wird ändern müssen, kann dann gleichzeitig, unter Mitbenutzung des Informatenwesens, den Zwecken der Syndikate und des praktischen Rechtslebens sekundiren, und sie wird zu dem Behufe an einen Ort verlegt werden müssen, welcher, etwa wie Leipzig, im Centrum Deutschlands liegt, und durch das Reichs-Oberhandelsgericht die werdende Rechtseinheit im Reiche repräsentirt.

Die Idee der Syndikate des Notariatsvereins kann aber noch zu einem viel bedeutenderen Behuf für den Rechtsverkehr werden dadurch, daß die Syndikate der größeren Städte mit den Konsuln der auswärtigen Mächte sowohl, wie mit den deutschen Konsuln im Auslande, oder auch mit eigens zu bestellenden Korrespondenten im Auslande in wechselseitige Beziehung treten, dergestalt, daß von den Centralstellen aus nicht nur alle oben geschilderten Funktionen im Inlande, sondern ebenso auf dem ganzen internationalen Verkehrsgebiete durch Requisition vermittelt werden. Die Zusammensetzung der Centralstellen würde eine einseitige bleiben, wenn nicht zugleich der Anwaltsstand in denselben vertreten wäre. Ueberwiegend war der nicht streitige Rechtsverkehr den prozessualischen in bedeutendem Maße, so ist es doch gerade um der Sicherheit der Rechtsgeschäfte notwendig, auch bei der jurisdictio voluntaria den Anwaltsstandpunkt zur Geltung kommen zu lassen, um dadurch womöglich künftige Prozesse zu vermeiden. Es dürfte genügen, wenn z. B. in Wien, München, Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M. je zwei Notare und ein Anwalt zur Uebernahme der bezüglichen Funktionen designirt würden, und die weitere Organisation dem Vorstande des Notariatsvereins übertragen bliebe.

Beiläufig ist zugleich in den Centralstellen ein Bindeglied zwischen dem Notariatsverein und dem Anwaltsverein hergestellt, und es dürften diese beiden Vereine in den Juristentagen, — welche durch die gleichzeitige Anwesenheit von Juristen aus allen Abtheilungen der Beamtenwelt zugleich das Korrektiv gegen nur einseitige Bestrebungen spezieller Berufsstände bieten — die alljährlich wiederkehrende Gelegenheit zur Diskussion ihrer Spezial-Interessen in Nebenfragen suchen und finden.

Deutschland.

△ Berlin, 20. August. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht aus den Motiven der deutschen Zivilprozeß-Ordnung eine statistische Zusammenstellung über die Ergebnisse des Rechtsmittels der Appellation innerhalb der Jahre 1868, 1869 und 1870 in denjenigen altständischen und neuen Appellationsbezirken der preussischen Monarchie, für welche das preussische Prozeßrecht gilt. Die Arbeit wird in sachkundigen Kreisen große Aufmerksamkeit finden, da hier der quellenmäßige Nachweis geliefert wird, daß der beabsichtigte theilweise Ersatz der Appellation durch das neue Rechtsmittel der Revision keineswegs geeignet ist, die von manchen Seiten geäußerten Bedenken zu rechtfertigen. Die Nachweisung ergibt insbesondere, daß in mindestens 60 pCt. der verhandelten Zivilprozesse in Sachen über 50 Thlr. auch nach den Grundsätzen des Entwurfs der deutschen Zivilprozeßordnung die Appellation zulässig sein würde und daß für 89 pCt. der Appellations-sachen es sachliche Folgen nicht gehabt hätte, wenn sie an Stelle der Appellation mit dem Rechtsmittel der Revision anzureifen gewesen.

wären. — Die offiziellen Nachrichten über die diesjährige Expedition zur Erforschung der deutschen Meere reichen bis zum 7. August. Nach demselben verließ die Exp. am 21. Juli den Kieler Hafen. Es wurden zunächst Stellen des Großen Beltes, Kattegats und Skagerraks untersucht, welche sich auf der vorjährigen Fahrt als beachtenswerth erwiesen hatten. Am 23. Juli gelangte die Expedition nach Mandal an der norwegischen Küste. Es wurden Fauna und Strömungen in den bedeutenden Tiefen untersucht, welche sich einige Meilen südlich und westlich von der norwegischen Küste finden, ebenso Flora und Fauna in Bufenfjord und in den Scheeren. Am 28. Juli wurde Bergen erreicht, die dortigen Sammlungen besichtigt und die diesjährigen Fischerei-Verhältnisse durchforscht. Wegen nicht geeigneten Seegangs ging die Expedition erst am 5. August wieder in See, der heftige Wind gestattete aber erst am 6. in der Nähe der nordöstlichen Küste Schottlands die Wiederaufnahme von Untersuchungen. Der Feringfang war überall gut und in vollem Gange. Am 7. August besuchte die Expedition den Hauptfischerort Peterhead und hielt sich nun, bis sie in den Firth of Forth einließ, stets auf den Fischergründen, die sich längs der ganzen Küste hinziehen.

— Die Kaiserin wird von der Mainau aus einen kurzen Ausflug in die Schweiz machen und am 2. Sept. hier eintreffen. Den Kammerherrendienst übernehmen daselbst Graf Magnis und Graf Fürstenstein.

— Herr von Mühler verteidigt sich. In hiesigen Blättern — auch wir haben die Nachricht gegeben — war bei Gelegenheit der Meldung, daß nunmehr besondere Lehrstühle der Augenheilkunde an den Preussischen Universitäten errichtet werden sollten, behauptet worden, es hätte die Nothwendigkeit einer Abzweigung des akademischen Lehrfaches der Augenheilkunde von dem der Chirurgie und der Errichtung besonderer Lehrstühle und Kliniken für dieselbe unter der Verwaltung des Kultusministers von Mühler nicht zur Anerkennung durchdringen können. — Dieser Auffassung tritt Herr von Mühler mit Entschiedenheit entgegen. Er hat der „Voss. Ztg.“ folgende Zuschrift eingesandt:

„Die Thatsachen, welche das Gegentheil beweisen sind: die Ernennung eines ordentlichen Professors der Augenheilkunde in der Person des verstorbenen v. Graefe; der in der Etats-Vorlage vom Jahre 1872 enthaltene Antrag auf Bewilligung eines Zuschusses von 1000 Thlr. jährlich zur besseren Ausstattung dieser Professur; die Abzweigung einer besonderen Augenheilkunde in der Charité; die Ernennung außerordentlicher Professoren für dieses Fach an den Universitäten zu Königsberg, Bonn, Breslau, Halle und Marburg; endlich die Errichtung einer Poliklinik für Ophthalmologie in Königsberg und einer stationären in Marburg. Der Antrag auf Bewilligung eines etatsmäßigen Gehalts für den Professor der Augenheilkunde in Marburg wurde in der Etatsvorlage von 1870 mit den Worten motivirt: „Die Berufung eines Lehrers der Augenheilkunde, welches Fach bis jetzt bei der Universität nicht vertreten ist, ist dringend nothwendig.“ Diese neuen Einrichtungen sind sämtlich innerhalb der letzten 10 Jahre getroffen, ungeachtet der großen finanziellen Schwierigkeiten, mit denen die Unterrichts-Verwaltung in dieser Zeit unausgesetzt zu kämpfen hatte und damit die Emanzipation der Ophthalmologie von der Chirurgie, als deren Annex sie bis dahin lediglich behandelt worden war, im Prinzip anerkannt. Wenn in derselben Zeit nicht alle Wünsche gleichzeitig haben befriedigt werden können, insbesondere Absension sämtlicher außerordentlichen Professoren der Augenheilkunde zu Ordinarien und die vom Professor Jakobson wiederholt beantragte Errichtung einer stationären Augenheilkunde in Königsberg an Stelle des von ihm geleiteten Privat-Instituts ebenso, wie die Befriedigung des gleichen Bedürfnisses in Bonn, Breslau und Halle einstweilen hat vertagt werden müssen, so geschah dies, wie dem berühmten Antragsteller selbst wohl nicht entgangen ist, um praktischer Hemmnisse willen, deren Ueberwindung nur allmählig gelingen konnte. Nebenfalls hat es in der von mir geleiteten Verwaltung nicht an ernstem Willen und an Anstrengungen gefehlt, um dem Fach der Augenheilkunde und ihren wissenschaftlichen Vertretern nach Möglichkeit gerecht zu werden und sind diese Anstrengungen auch nicht ohne Erfolg geblieben. — v. Mühler, Staatsminister a. D.

— Die letzte Nummer der Germania ist konfisziert worden.

45. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte.

Leipzig, 18. August. Nach der am gestrigen Vormittag erfolgten Beendigung ihrer Arbeiten unternahmen die Teilnehmer der Versammlung am Nachmittage einen Ausflug nach den Hügeln von Grimma. Zwei Extrazüge führten die noch hier anwesenden Fremden und eine große Anzahl Hiesiger nach dem Bestimmungsorte. Der Bahnhof sowie die Gattersburg und das Schützenhaus, die Vereinigungspunkte waren mit Flaggen und Kränzen festlich geschmückt, Ehrenporten überspannten die Stiegen und auch so manches Haus des Städtchens zierten die deutschen und die sächsischen Farben. Nachdem auf der Gattersburg der Kaffee eingenommen worden, stattete man den Muldenusern einen Besuch ab. Eine Nachahmung des durch Seume vom nahen Dorfe Böhlen aus unternommenen Spazierganges nach Syrakus ward wegen Kürze der Zeit von dem fürstlichen Ausflugsausschusse dringend widerrathen, und so fand man sich denn gegen Abend in den Sälen und auf der schönen Wiese des Schützenhauses glücklich wieder zusammen. Unter den Klängen der Konzertmusik vom Musikcorps der Grimmaischen Reiterbesatzung wurde das wohlbereitete Abendessen genossen und nicht lange währte es, so drehte man sich im oberen Saale und auf dem grünen Rasen im munteren Reigen. Ein herzliches Willkommen seitens der Stadt Grimma brachte den Gästen der Bürgermeister Hennig entgegen, während Dr. Schmidt aus Lindenau und Dr. Adelman aus Berlin, der Stadt Leipzig, den Leitern der Geschäftssitzungen und der Abtheilungen den Dank der Versammlung nachträglich aussprachen. Dr. Schildbach von Leipzig gab der Anerkennung, welche der Behörde, den Stadtverordneten und den ärztlichen Kollegen der Nachbarstadt Grimma gebührte, bereiten Ausdruck. Eine ganz besondere Wirkung machten die Worte eines englischen Amerikaners, Dr. Sell aus Newyork, der in sehr fließendem Deutsch die Befriedigung der Ausländer kundgab, welche sie über die herrliche Aufnahme seitens der Deutschen empfanden. Einen wohlgemeinten Antheil an der allgemeinen Heiterkeit hatte auch ein von Dr. E. A. M. aus Leipzig verfaßter Gesang nach der zeitgemäßen Weise „Der Papst lebt herrlich in der Welt“. Das ganze Fest hatte den erfreulichsten Verlauf, bald nach 10 Uhr kehrte man nach Leipzig zurück.

(D. A. Z.)

Gastlicher Hof- und Staatsgeschichten.

Wir sitzen hier augenblicklich an der wärmsten Kaiserquelle Europas und dürfen wir uns auch nicht Allwissenheit daraus trinken, einige Tröpflein spritzen doch hin und wieder zu uns herüber. Ein Wort wird Kaiser Wilhelm sich persönlich vorbehalten zu sprechen, während er mit den Kaisern von Oesterreich und Rußland Hand in

— Angesichts des nicht mehr fern stehenden Termins des Wiedersammentrittes des Landtages wird, wie die „Voss. Z.“ schreibt, dem Ministerium des Innern die Weisung für die noch ausstehenden Ergänzungswahlen für das Abgeordnetenhaus erteilt werden. Auch an die Vervollständigung des Herrenhauses wird gedacht, insbesondere an die Präsentation seitens der Städte, da gerade die ersten Städte der Monarchie gegenwärtig in der in Rede stehenden Körperschaft unvertreten sind. Es sind dies folgende Städte: Berlin (der bisherige Vertreter, Stadtrath Wildens, hat sein Amt niedergelegt); Breslau (durch Ueberfiedelung des Oberbürgermeisters Hobrecht nach Berlin), Königsberg (seit dem 8. Juli 1864 unvertreten), Danzig (seit dem 1. Januar 1863 vacat), Memel (seit dem 1. Januar 1865 vacat), Stettin (das Mandat des Herrn Stadtrath Theune ist am 1. Juli 1872 erloschen), Köln (das Mandat des Herrn Bürgermeister Mevissen ist am 5. April d. J. bereits erloschen), endlich läuft auch für die Stadt Barmen (Beigeordneter Engels) die Präsentation noch vor Schluß dieses Jahres ab. Wie wir vernehmen, wird dem Abgeordnetenhaus bald nach seinem Zusammentritt der Entwurf eines Fischereigesetzes vorgelegt werden, welches die Fischerei auf der See und in den Binnengewässern gesetzlich regeln soll. Dieser Gegenstand war bisher meistentheils durch Fischereiornungen der einzelnen Regierungen geordnet worden, die je nach der Auffassung des Gegenstandes durch das Regierungskollegium verschoben sind, so daß oft für dasselbe Gewässer, welches mehr als einem Regierungsbezirk angehört, ganz entgegengesetzte polizeiliche Vorschriften über die Arten des erlaubten Fischfangs und dergl. mehr gelten.

— Vorstand und Syndikat des hiesigen Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister haben dieser Tage mittelst Zirkular die auswärtigen Gewerksgeossen zur Errichtung eines Verbandes der deutschen Baugewerksmeister eingeladen.

Nach den allgemeinen Grundfäden für ein Verbandsstatut, welche dem Zirkular beigelegt sind, soll der Verband der deutschen Baugewerksmeister seinen Sitz in Berlin haben und als seine Hauptaufgabe betrachten: a) die Gestaltung möglichst freundlicher und allseitig befriedigender Verhältnisse zwischen Meistern und Gefellen, um auf diese Weise jeden Anlaß zu Streiks zu beseitigen; b) den gemeinsamen Widerstand gegen die Vergewaltigung der freien Uebereinkunft durch die Streiks und gegen unberechtigte Ansprüche, sowie Uebergriffe der Arbeitnehmer, wobei die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer stets das Hauptaugenmerk der Bundesmitglieder sein soll. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird sich der Bund die Gründung von Einigungsämtern und gewerblichen Schiedsgerichten anlegen sein lassen. Nicht gleichwohl an einem Orte ein Streik aus, oder wird eine Arbeitsaus-schließung beschlossen, so verpflichten sich die Bundesmitglieder gegenseitig, keine von dort kommenden, durch den Streik oder die Arbeitsaus-schließung betroffenen Gefellen zu beschäftigen, zu welchem Zwecke eine geregelte Korrespondenz zwischen der Zentralstelle in Berlin und den einzelnen Ortsverbänden geführt werden soll. Die Zentralstelle hat in diesem Falle auch die Pflicht, die geeigneten Anordnungen für Zuführung neuer Arbeitskräfte an dem bedrohten Ort in der Weise zu treffen, daß dadurch nicht etwa ein Arbeitermangel an anderen Verbandsplätzen entsteht.

— Die sogenannten Katheder-Sozialisten (die Anhänger der Moscherfien Theorien) haben für Anfang Oktober Konferenzen über die soziale Frage nach Eisenach ausgeschrieben. An der Spitze des Unternehmens stehen die Professoren Schmoller, Schoenberg, Wagener. Wie die „Sp. Ztg.“ hört, soll auch Professor Gneist Antheil nehmen.

— Wie die „Hamb. Börsen.“ mittheilt, ist es den nun seit zwei Jahren unablässig betriebenen Anstrengungen zu danken, daß die Befestigung der Mündungen der Elbe, Weser und Jade ausgeführt sind und andererseits die Fortführung des Reges von Küsten-Eisenbahnen, welches seiner Vollendung entgegengeht, die Landposition der deutschen Nordsee-Küsten uneinnehmbar macht. Für den Abschluß der gesamten Fortifikation, welche die Vertheidigungsstellen decken, sind längstens 2 Jahre erforderlich. Es wird aber in Weiter-

rem beabsichtigt, neue Anlagen zur Küstenbefestigung zu schaffen, welche sich auf die Inseln Neuwerk und Wangerooge stützen und der Offensive in einem Umfange dienen sollen, der auch einer großen gegnerischen Seemacht nur unter Entfaltung sehr bedeutender Kräfte ein Operiren in der Nordsee ermöglichen und dennoch durch die in Wilhelmshaven konzentrirten Seestreitkräfte in jedem Moment bedroht sein würde. In weiterer Ferne liegt die Ausföhrung von Plänen zur Schaffung ähnlicher Positionen an der Ostküste, doch würde hierzu ein Kapital von 60 Millionen erforderlich sein. Mit allen diesen Projekten steht die Anlage des Nordostseekanals im innigsten Zusammenhange. Es heißt, daß dem nächsten Reichstage umfassende Mittheilungen über den Stand der Küstenbefestigungen und in Verbindung damit auch wohl über den Nordostseekanal zugehen sollen.

— Eine Verfügung des Handelsministeriums ordnet die Pensionsverhältnisse der nicht definitiv angestellten Eisenbahnbeamten. Hiernach werden denselben auf Grund des neuen Pensionsgesetzes die zur Beamten-Pensionsklasse seit April eingezahlten regelmäßigen Beiträge, sowie die einmaligen Einmaligkeits-Abzüge der eingetretenen Gehaltsverbesserungen zurückerstattet. — Entgegen der in einzelnen Blättern veröffentlichten Notiz, daß man an maßgebender Stelle nicht daran denke, die Lokalzulage ab 1. Juli nachzuzahlen, kann das „F. Z.“ mittheilen, daß dem nächsten Landtage eine diesbezügliche Vorlage gemacht werden soll.

— Regierung und Konsistorium zu Stettin und Breslau haben an ihre untergebenen Superintenden ten Verfügungen betreffs einer Feier des 2. Septembers erlassen, worin dieselben ermächtigt werden, in ihren Aufsichtskreisen einen schul- resp. kirchlichen Festtag zum Andenken an denselben anzuordnen.

— Der „Reichsanzeiger“ Nr. 195 veröffentlicht einen Allerhöchsten Erlaß, betreffend die Genehmigung des zwischen der Hessischen Ludwigs- und der Frankfurt-Hanauer Eisenbahn-Gesellschaft unterm 27. Dezember 1862 abgeschlossenen Fusions-Vertrages und die Revision der, der letztgenannten Gesellschaft erteilten Konzessionen.

DR. Wir haben bereits früher mitgetheilt, daß die Zahl der Studierenden der evangelischen Theologie sich mit jedem Jahre verringert, so daß schon jetzt ein Mangel an Geistlichen hervortritt, der in Zukunft aber noch fühlbarer werden dürfte. So hat sich die Zahl der im Sommer-Semester 1872 immatriculirten Studierenden gegen das Winter-Semester 1871/72 wieder um 56 vermindert. Es wurden nämlich immatriculirt: auf der Universität Berlin 214, Bonn 39, Breslau 50, Greifswald 21, Halle 223 und auf der Universität Königsberg 78, mithin zusammen 625, während die Zahl dieser Studierenden im Winter-Semester 1871/72 681 betrug.

— Wie die „Juristischen Blätter“ melden, haben die deutschen Versicherungs-Gesellschaft eine Kommission gebildet, um, nach dem Vorbilde der französischen Gesellschaften, eine über rein in dem Ende Fassung der Policen-Bedingungen sämtlicher Gesellschaften in Deutschland zu vereinbaren.

— Bei der letzten beschleunigten Mobilmachung hat sich ein fühlbarer Mangel an Aerzten für die umfangreiche Ersatzaushebung herausgestellt. Um diesem Uebelstande für den Fall einer nächsten Mobilmachung zu begegnen hat die Militärbehörde die Generalärzte angewiesen, schon jetzt mit nicht dienstpflichtigen Aerzten Kontrakte abzuschließen, um die nöthige Anzahl geeigneter Aerzte für das Ersatzaushebungsgeschäft zu gewinnen.

Meppen, 15. August. Auch dahier ist laut den „N. Volksbl.“ die unter Schülern des hiesigen Gymnasiums bestehende Marianische Kongregation in Folge Ministerial-Befehls aufgelöst worden.

Baderborn, im August. [Aufsöfung.] Die unter der Leitung eines Mitgliedes der Gesellschaft Jesu stehende Kongregation an unserm Gymnasium, welche im jetzigen Semester über 200 Mitglieder zählte, ist hier Anfangs dieses Monats, durch Hinweisung des Direktors des Gymnasiums auf den bekannten Erlaß des Kultusministers, aufgelöst worden, nachdem schon vorher jede Vetheiligung an studentischen Verbindungen und anderen Vereinen z. strenge verboten war. (B. M.)

Vom Eichsfelde, 18. August. Wie man vernimmt, soll in hiesigen ultramontanen Kreisen das Arrangement einer, der rheinischen Hüpf-Profession entsprechenden Walzer-Wallfahrt, und

wie bei dem jungen Baierkönig, dem man ja doch so manche Laune zu gute hält. „Aber die schöne Großfürstin, Dänemarks Tochter, wird die Schleswig-Holstein niemals vergessen und vergeben?“ — „Da kam ich Ihnen ein charakteristisches Wort aus dem Munde der Großfürstin anführen, das ich zufällig selber mit anhörte. Es war während des jüngsten glänzenden Ordensfestes, zu dem Moltke und andere hohe preussische Offiziere nach Petersburg kamen. Der Kaiser selber ließ jart bei der Großfürstin anfragen, ob es ihr dänisches Herz nicht peinlich berühren werde, jene Offiziere, die einst gegen ihr Vaterland kämpften, zu empfangen. Aber die hohe Frau antwortete ruhig, klar: Als ich des russischen Thronfolgers Gemahlin wurde, hörte ich auf dänische Prinzessin zu sein.“

Auch mit einem ungewöhnlich gebildeten und verständigen Baier, der dem Hofe in Villa Berg nicht fern steht, konnte ich über die Dreikaiser-Zusammenkunft plaudern. „Sie sollen sehen, unser König folgt wieder einmal seinem eigenen jungen Kopfe und hört nicht auf die Wünsche seines noch immer wunderbar treuen Volkes und bleibt allein der gegenwärtigen Fürstenthumszusammenkunft in Berlin fern. Lieber in Villa Berg der Erste, als in Berlin der Zweite! Und welche hübsche Gelegenheit hätte er dort, seinen neuen goldenen Krönungswagen einzuweihen, der spielte doch sicher die erste Rolle in Berlin. Und wie würde das aufgekündete Bayern jubeln, wenn der König sich aus Berlin eine kleine blonde Königin mitbrächte! Ich selber bin ein guter Katholik, aber eine protestantische Königin bringt uns Heil. Nur keine Königin, die wieder schmeichelnd sagt die alten zerrissenen Kirchenmaße ausbessert. Aber er will ja gar keine Königin — eben weil er nicht will. Ich fürchte ernstlich für unser Bayern, wenn dieser so hochbegabte König hartnäckig auf seinem jetzigen einsamen Ich-Wege fortwandelt. „Ich will!“ — oder: „Ich will nicht!“ ist kein würdiges Königswort. Die Zeiten sind, Gott sei Dank, vorüber, wo ein König hohnen durfte: „L'etat c'est moi!“ Und wenn König Ludwig unverheirathet stirbt oder, was bei seinen Eigenheiten nicht unmöglich ist, plötzlich die Krone niedergelegt — was dann? Sein junger Bruder Otto hat eine ganz zerrüttete Gesundheit und dann kommen die Luitpolden, und die sind — Kom! „Armes Bayern!“

Da kam gestern ein ehrlicher Schwabe an, der sagte zuversichtlich: „Unser König Karl geht nach Berlin — er „muß“, und er thut Alles, was er muß, wenn's ihm auch noch so fauer wird. Und es wird ihm furchtbar fauer, nach Berlin zu gehen, weil er dort eine Uniform tragen und mit allerlei Leuten außer seinem Freunde und Gesellschafter Spigemberger schwärzen und — o furchtbarer der Schrecken! — bei den Paraden doch ein Pferd besteigen muß, er, der alle Jahre nur einmal hoch zu Ross sichtbar ist, wenn er im feierlichen Schritt durch die Straßen Stuttgarts zur Eröffnung der Kammern reitet auf einer Rosinante, welche der Oberstallmeister Graf Taubenheim vorher so

Hand dasicht: Lass't uns unseren Völkern, lass't uns der Welt den Religionsfrieden geben! Das Wort zur That zu machen, ist seinem Herzen augenblicklich das größte Bedürfnis. Kaiser Wilhelm freut sich aufrichtig auf die nahen schönen Berliner Tage, eben weil er von ihnen so Großes hofft. Und diese Freude verjüngt und stärkt ihn nicht weniger, als die wunderbare Gasteiner Quelle und die belebende frische Bergluft.

Ich habe, berichtet ein Korrespondent der „N. fr. Pr.“, den alten Herrn nie rüstiger und lebhafter gesehen. Er beschäftigt sich viel und voll Eifer mit den Vorbereitungen zu den Berliner Tagen. Der Telegraph schwirrt, die Kurire fliegen und nicht selten brennt noch gegen 12 Uhr das Arbeitslicht in dem Eckzimmer des Kaisers. Bei Tage kann man den Kaiser an diesem Fenster lesen und schreiben und Bor-träge empfangen sehen, gerade wie an dem berühmten Esfenster unter den Linden mit dem Blick auf Rauch's Reiterbild des alten Fritz. Hier geht der Blick auf die stolzen Bergriesen. Die Bänke an deren schattigen Abhängen werden bei Tage nie leer von jugendfertigen Damen, die wirklich bewundernswürdig in ihrer Ausdauer sind, dem Kaiser in die Fenster zu sehen.

Vor einigen Tagen langte hier ein russischer Feldcourier mit einem Handschreiben des Kaisers Alexander an. Kaiser Wilhelm beantwortete es persönlich und sah dann bei seiner Spazierfahrt so recht herzförllich aus. In dem Briefe Kaiser Alexanders soll die Gewisheit gestanden haben: der Großfürst-Thronfolger werde in den Septembertagen ebenfalls in Berlin anwesend sein und ohne Zwang. Nun ja, die bekannte kleine Geschichte ist buchstäblich wahr, die während des deutsch-französischen Krieges die Salons und Zeitungen gleich sehr beschäftigte: daß der Großfürst einen Ball gab und halb launig, halb ernsthaft bestimmte: jedes deutsche Wort in meinem Palais heute Abends wird mit einem Rubel bestraft! — und daß plötzlich der Czar heiter lächelte und unerwartet in den Saal trat und zuerst den Großfürsten deutsch anredete und dann die Großfürstin und so nach und nach jeden Anwesenden, und selber die Strafe einsammelte und das hübsche Stimmchen den deutschen Verwundeten schickte. Ich selber, erzählte mir ein russischer Generalstabsoffizier, habe 14 Rubel abblutet, aber ich hab's den deutschen Verwundeten gern gegeben. Und auch das ist wahr, daß der Kaiser bei den jüngsten großen Manövern in Krasnoje-Selo mit Ostentation die anwesenden preussischen Offiziere auszeichnete und jedem Seconde-Lieutenant herzlich die Hand schüttelte, während er keinen Blick für den französischen Militärbevollmächtigten hatte und daß dann der Großfürst-Thronfolger mit nicht geringerer Absichtlichkeit auf jenen ehrenwerthen Offizier zutrat und ihm die Hand reichte. Dazu treibt den Großfürsten aber nicht Deutschen- oder gar Preußenhaß, sein ehrliches, wildtöziges russisches Blut und die Welt darf nicht vergessen, daß dies Blut noch ebenso jugendlich heiß schäumt und überfläut,

war direkt nach Rom, in Vorbereitung sein. Die streng-ultramontanen „Eichsfelder Volksblätter“ bringen, wahrscheinlich behufs allgemeiner Einübung, das dazu gehörige Wallfahrtslied. Dasselbe lautet, ganz entsprechend im 3/4-Takt:

Ein fröhliches Herz
Ein munteren Sinn,
So wand're ich singend
Ueber Berge dahin;
Fragt die traurige Welt mich: Wie fängst du das an?
Ein ultra — bin ultra — bin ultramontan.
Ungleich sind die Herzen,
Ist ein sehr wahres Wort;
Meines hat keine Ruhe,
Aus dem Thale will's fort,
Fliehet über die Berge, gen Rom fliehet es an.
Ist ultra — ist ultra — ist ultramontan.
Wie das Herz, so die Seele;
Drum gewiß noch einmal
Wird sich meine aufschwingen
Aus dem ird'schen Thal,
Fliegen über die Berge, gerad himmelan,
Weil ultra — weil ultra — weil ultramontan. (Volksztg.)

Mainz, 19. August. Wie bereits gemeldet, ist den in Mainz befindlichen Mitgliedern des Jesuitenordens am 14. August Abs. das Verbot jeder seelsorgerischen Thätigkeit notifiziert worden. „Ironie des Schicksals!“, ruft das „Mainzer Journal“, das Organ des Bischofs Ketteler aus. In derselben Nacht um ein Uhr rief man die Patres zu einem Sterbenden ins Gartenfeld; daß sie hingingen, versteht sich von selbst. „Am Morgen des 15., heißt es in einer Korrespondenz des „Frankf. Journals“ aus Mainz, „hatten die Jesuiten an der einen Thüre der St. Christophs-Kirche einen Zettel geklebt, des Inhalts: „Auf polizeilichen Befehl wird in dieser Kirche keine Beichte mehr gehört.“ Das auf diesen Tag anberaumte Sodafest ging insofern vor sich; gegen Mittag war auch das Plakat verschwunden. Während dessen war auch ein „ernster Protest“ des Bischofs nach Darmstadt abgegangen. Die Christophs-Kirche war am Mariä Himmelfahrts-Tag überwacht. Die „Epen. Ztg.“ bemerkt dazu: Das ganze wohlgeordnete Verfahren läßt zwei wichtige Fragen zu. Die eine bezieht sich auf das Recht des Staates und der Gemeinde, und es ist nicht recht erklärlich, warum nunmehr den Jesuiten nicht der Aufenthalt in den widerrechtlich von ihnen eingenommenen Gebäuden untersagt und so die im Reichsgesetz vorgeschriebene „Auflösung der Niederlassung“ vorbereitet werde. Nicht minder fremdartig erscheint es, daß, da doch die Gesetze des Landes keine Orden kennen, der der Jesuiten sogar durch drei gesetzliche Akte förmlich verboten ist, ein Beamter des Staates die Niederlassung dieses Ordens faktisch anerkennt, sie nicht auflöst, sondern mit dem Superior, der dokumentalen Figur eines Suborgans des verbotenen Ordens, in Verbindung tritt und sich von ihm in dieser Eigenschaft auch noch einen Protest gegen rechtskräftige Staatsgesetze gefallen läßt. Dieses Interesse zeigt sich andererseits noch dadurch, daß nach den ultramontanen Anschauungen unter „Ordnungsthatigkeit in Kirche und Schule“ keinerlei gottesdienstliche Einrichtungen, weder die Predigt, die Beichte, die Spendung der Sakramente, noch „die Verkündigung des Wortes Gottes“ überhaupt, also wahrscheinlich auch das exegetische Katechisieren in der Schule nicht verstanden werden können, und daß ein Bischof ohne Rücksicht auf die Wirkung der Staatsgesetze die hierzu nötigen geistlichen Vollmachten an die Jesuiten ertheilen könne und dürfe.

Österreich.

Nach dem „N. Frdbl.“ wäre es möglich, daß folgende That Strejchowsky seine jetzige Situation bereitet hat. Strejchowsky war vor mehreren Jahren als Beamter im k. k. Finanzministerium angestellt und als solcher hatte er einmal in dem „Faschikel Prizbram“ zu arbeiten. Bei dieser Gelegenheit soll er aus den Akten

furchtbar dresirt hat, daß sie nur noch daherschleicht wie die Fliege in der Buttermilch. König Karl kann noch unmöglich verlangen, daß in Berlin alle Paraden und Manöver ihm zu Liebe zu Fuß abgehalten werden! Das durfte er sich 1871 wohl auf dem Schlachtfelde von Champigny-Billiers erlauben und seine württemberg'schen Kavaleristen und reitenden Artilleristen zu Fuß an sich vorübermarschieren lassen, es waren ja seine württemberg'schen Truppen. Aber in Berlin. Möchte erst Alles glücklich vorüber sein! Natürlich müssen Graf Taubenheim und das alte Paraderosf mit...

„Gut ab!“ — sagte ich — „vor einem Könige, dem die Götter die „bezaubernde persönliche Liebesswürdigkeit“ und edle Reizkunst versagt haben, und der gegen seine Neigungen dennoch thut, was er als getreuer Landesvater thun muß!“

Livingstone.

Die königliche Geographische Gesellschaft hat ihren Bericht über die von ihr zur Auffindung des Dr. Livingstone ausgesandte Expedition veröffentlicht. Am 9. Februar verließ diese Expedition, gut equipirt und mit Anweisungen im Betrage von 2000 Pfd. Sterl. auf Zanzibar versehen, England. Sie erreichte letzteren Ort am 17. März und begab sich am 27. April nach Bagamoyo auf dem Festlande. Am nächsten Tage kamen drei Eingeborene mit der Kunde an, daß Mr. Stanley Dr. Livingstone gefunden habe. Lieutenant Dawson, der Führer der Expedition, erachtete in Folge dessen den Hauptzweck der Expedition für erledigt und übergab am 6. Mai das Kommando an Lieutenant Hearn, welcher es unternahm, die Hilseleistungs-Expedition nach Unyamwebe zu geleiten. Am 7. Mai kam indeß Stanley selber in Bagamoyo an, und in Folge seiner Vorstellungen, daß Dr. Livingstone in Unyamwebe reichlich mit Vorräthen versehen sei, übergab Hearn das Kommando an Mr. W. D. Livingstone, den Sohn des Forschers. Letzterer wurde aber schließlich von Dr. Kirk abgeredet, das Innere während der Regenaison zu betreten, worauf auch dieser die Expedition im Stiche ließ. Das Komite der Geographischen Gesellschaft drückt Bedauern über das unerwartete Ende des Unternehmens aus, befaßt sich aber ihr endgiltiges Urtheil bis zur Rückkehr des Lieutenant Dawson nach England vor.

Eine sehr werthvolle Erwerbung

Ist der ethnologischen Abtheilung des kgl. Museums in Berlin vor einigen Monaten in einem alt-peruanischen Grabgefäß zugegangen, daß in seiner Art als ein Unicum zu betrachten ist. Besonders Interesse, sagt der „Staatsanz.“, erhält es noch durch seinen Fundort, indem es aus den Grabkammern von Allantay-tambo stammt. Die dort erhaltenen Ruinen gehören zu den großartigsten Denkmälern aus der Inca-Zeit und sind außerdem berühmt geworden durch das nach ihnen (oder nach ihrem Erbauer Allantay) benannte Drama Apu-

die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die Stadtgemeinde Prizbram, welche Mittheilung der dortigen Silbergewerke ist, an den Staat eine Forderung von ca. 80,000 fl. C.-M. zu stellen habe. An einflussreiche Mitglieder der Vertretung der genannten patriotisch-unaussprechlichen Stadt gelangte bald hierauf die Anfrage, was sie sich kosten ließen, wenn man ihnen zu einer Forderung in gedachter Höhe verhelfen würde, von der sie nichts wüßten, und für welche sie keine Beweise in Händen hätten. Die Leute verstanden die fein gestellte Frage und boten Halbpast an. Die Proposition fand Anklang; Strejchowsky trat aus dem Staatsdienst und mit ihm jene Akten aus dem „Faschikel Prizbram“, welche als Instrumente in dem Prozeß der Stadt Prizbram gegen das Akerar verwendbar waren. Der Staat mußte zahlen — durch wen und wie die Aktenstücke gestohlen wurden, konnte damals nicht ermittelt werden. Vielleicht ist man hinterher glücklicher gewesen.

Niederlande.

Haag, 17. August. Die Teilnehmer an der Sitzung der „Internationale“ treffen hier bereits ein, um den vorbereitenden Versammlungen beizuwohnen. Auch die Anwesenheit Felix Phat's und Cluse-rel's beim Kongreß wird gemeldet.

Frankreich.

Paris, 19. August. Gestern wurde an dem wegen Desertion während des Krieges zum Tode und zur militärischen Degradation verurtheilten, dann zu zehnjähriger Verbannung begnadigten Hauptmann der Mobilgarde Cersbeer die Strafe der Degradation mit den vorschristsmäßigen Förmlichkeiten vollzogen. Um neun Uhr Morgens wurde Cersbeer in die Hauptmanns-Uniform gekleidet, aus dem Gefängniß der Rue du Cherche-midi in geschlossenem Wagen unter Eskorte nach dem großen Hofe der Militärschule geführt, wo mehrere Detachements aller Waffen in einem weiten Biered Stellung genommen hatten. Vier Gensdarmen geleiteten Cersbeer in die Mitte dieses Quadrats; der Oberst, welcher die Truppen befehligte, trat vor ihn, ließ den Adjutanten das Urtheil verlesen und sprach dann die Worte: „Im Namen des französischen Volkes, Cersbeer, Sie sind nicht mehr würdig, die Waffen zu tragen und in den französischen Heeren zu dienen; wir degradiren Sie.“ Unter Trommelschwallen rief ein Unteroffizier dem Degradirten die Treuen ab, worauf dieser längs der Front der Truppen vorüberziehen mußte. Cersbeer wurde noch gestern Abend von Gensdarmen an die belgische Grenze gebracht.

Fast unmittelbar nach der September-Revolution und noch unter dem Donner der pariser Belagerung ward, namentlich in der Hauptstadt, der Wunsch nach einer Reform des Unterrichtswesens in Frankreich laut und bei dem Zusammentritt der Nationalversammlung wurde nicht allein eine desfallsige Gesetzesvorlage verlesen, sondern auch der obligatorische Unterricht neben und als Korrelat der allgemeinen Wehrpflicht als eins der hauptsächlichsten Mittel zur Wiedergeburt des Landes bezeichnet. Zwei Jahre sind seitdem verflossen, Hr. Jules Simon hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der Bischof von Orleans, Hr. Dupanloup, ist zum Berichterstatter der mit der Vorberatung betrauten Kommission ernannt worden, aber weiter ist die Sache nicht gediehen. Die Majorität hat augenscheinlich keine Eile, einen Gesetzentwurf zu sanktioniren, welcher den Unterricht der absoluten Herrschaft des Klerus entziehen und das Volksschulwesen in einer für Frankreich wirklich nützlichen Gestalt herstellen würde; den liberalen Parteien, für welche die Auflösung der Nationalversammlung lediglich eine Frage der Zeit ist, liegt aber voraussichtlich gar nicht daran, das Unterrichts-gesetz von der gegenwärtigen Kammer votirt zu sehen, aus deren Händen es doch nur in einer den Intentionen der Linken wenig entsprechenden Gestalt hervorgehen würde. Die Rechte hat daher die Bera-

thung so lange verschoben, weil sie der Linken Konzeptionen machen zu müssen fürchtete und diese wiederum hat nicht gedrängt, weil sie sich mit der Hoffnung trägt, bei den nächsten allgemeinen Wahlen die Majorität für sich zu gewinnen und alsdann die Gesetzgebung in ihrem Sinne gestalten zu können. Die Regierung selbst scheint diesen Theil der „Wiedergeburt“ ebenfalls nicht mehr für so außerordentlich dringlich zu halten, vielleicht weil sie den Parteikampf fürchtete, und so ist denn den Parteirücksichten zu Liebe die Reform wieder bis auf die nächste Session verschoben worden. Die dafür reichlich vorhandene Zeit füllte man mit oft sehr unnützen Debatten und Sensations-szenen aus, der obligatorische Unterricht aber, zu welchem man während des Krieges wie zu einem Zauberstabe für künftige Hoffnungen und Wünsche emporblitzte, ward immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Wenigstens bei der Regierung und der Nationalversammlung. Die Presse mahnte unaufhörlich an das Gesetz und die Generalräthe und Arrondissementräthe ließen keine Gelegenheit vorübergehen, ihre „Wünsche“ in dieser Beziehung kund zu geben. Die Wünsche gelten in der Mehrzahl dem obligatorischen, unentgeltlichen und konfessionslosen Unterricht in der Volksschule und mehr als 70 Generalräthe haben sich in dieser Richtung ausgesprochen. Die Regierung hat nun, dem „Siecle“ zufolge, alles derartige Material sammeln lassen, um sich dessen zur Vertheidigung des von der Kommission sehr entstellten Entwurfes bei den Plenardebatten zu bedienen. Hierher gehören denn außer den Wünschen und Resolutionen aller möglichen Vertretungskörper auch die der Regierung und den Kammern zugegangenen Petitionen, von denen die der „Liga für den konfessionslosen obligatorischen Unterricht“ allein eine Million Unterschriften trägt.

Es kann im Laufe der Dinge nicht ausbleiben, daß eine ernstgemeinte Reform auf diesem Gebiete auch in Frankreich zu jenem Konflikt zwischen Staat und Kirche führt, der gegenwärtig die Gesetzgebung der meisten europäischen Länder beschäftigt. Der Klerus wird mit der zähen Festigkeit, welche er in allen ihn berührenden Fragen zu entfalten pflegt, diese seine bisher ausschließliche Domaine jedem Neuerungsversuche gegenüber verteidigen und kein Mittel scheuen, um den Schlüssel zu der absoluten Herrschaft über die Gemüther zu bewahren, welcher die Linke, keineswegs mit Unrecht, zum großen Theil das Unglück des Landes zuschreibt. Die „Republique française“ vom 14. d. Mts. sagt darüber:

„Der Anteil, der dem Klerus zugestanden oder der von ihm zurückerobert wurde, war statisch genug, so daß es uns wohl erlaubt sein dürfte, nach den Wohlthaten zu fragen, die ihm zu verdanken sind, und die Weiserstücke, die aus seiner Hand hervorgegangen, in Augen-schein zu nehmen. Wer hat denn in Frankreich seit 1850 regiert, wenn es nicht der Klerus war? Mit Gnaden vom Kaiserthume überhäuft, das ihn für seinen unentbehrlichen Gehülfen hielt, konnte er unter dem Gesetze Falloux alle seine Talente verwerthen, seine Segnungen verbreiten und seinen Einfluß überall geltend machen; er lehrte und predigte, so viel er wollte; seine Hand und sein Auge waren überall, selbst in den Staatsschulen, um sie zu lenken und zu überwachen. Wo sind die Früchte dieser Herrschaft? ... Unter denen, die aus seinen Schulen hervorgingen, steht ihr die Hälfte, nämlich Alles, was einige geistige Energie besaß, das Joch dieser Erziehung abwerfen und von demselben nur den Eindruck des Mißtrauens und nicht selten den des Hasses bewahren, und gerade diese verlangen am eifrigsten für ihre Kinder eine Erziehung durch Laien; die kleine Zahl derer, welche von der Einbildungskraft oder von der Furcht beherrscht werden, hat nichts von dem Einfluße zurückbehalten, als die Gewohnheiten einer kleinlichen Gläubigkeit; der Rest ist indifferent. ... Weit entfernt, dem Klerus die Superiorität zuzugestehen, die derselbe beansprucht, sprechen wir ihm die Befähigung der Erziehung ab, wir stellen den Werth des ultramontanen Katholizismus in Abrede; über seine Ansprüche ist längst das Urtheil gesprochen. Wir gehen noch weiter und erklären, daß unserer Ueberzeugung nach die klerikale Moral eine schlechte Moral und der klerikale Geist, dem man die Schulen zum Opfer geben will, ein verderblicher Geist ist.“

Das genannte Blatt stellt alsdann die nationale Erziehung als den Gegensatz einer ultramontanen Erziehung hin und erinnert

Allantay, das, wie es heißt, am Hofe des Inca Huayna-Capac gespielt wurde und sich heute noch erhalten hat. Mitgetheilt wurde es durch Tschudi in seiner Quechua-Grammatik und von Cl. N. Marcham, der für Anpflanzung des China-Baumes in Indien das Innere Perus besuchte.

Wie es sich damit auch verhalten möge, über die Echtheit dieses, auf ganz anderen Wegen nach Europa und in das hiesige Museum gelangten Gefäßes können keine Zweifel herrschen, und die bildlichen Darstellungen auf demselben bestätigen in eigenthümlicher Weise wieder die aus dem Drama bekannten Verhältnisse.

Die wegen ihrer Schönheit Cusi-Collor (Stern der Freude und Sonne) genannte Tochter des Inca Pachacutec theilt die Liebe des Fürsten Allantay, dem indeß, weil nicht aus Incablut entsprossen, die Hand der Prinzessin verweigert wurde. Diese wurde von dem erkrankten Vater in das Alca-huasii oder das Kloster der Sonnenjungfrauen gesandt, und im Kerker desselben in harter Haft gehalten. Der Fürst Allantay eilte in seine Heimath Anti-suyu, die östliche Provinz des Reichs, wo der Markgraf Urcuhuaranca in den Schlössern der Bergpässe die Grenze gegen die wilden Volksstämme der tief gelegenen Waldländer schützte. Die ganze Provinz erhob sich in Empörung gegen die Herrschaft der Inca, und Allantay verband sich noch mit den alten Erbfeinden des Reichs, den barbarischen Nationen der Anti- und Tampa-Indianer. Der Krieg währte bis zum Tode des Inca Pachacutec im Jahre 1401 p. d. und wurde erst beendet durch seinen Sohn, den jungen Inca Yupanqui, der siegtrübend von Bezwingung der Chimus an der Küste zurückkehrte und die Festung Allantay-Tambo durch eine Kriegsliste, die an die des Jovynus erinnert, eroberte.

Durch einen interessanten Zufall zeigt das aus Allantay-Tambo stammende Gefäß eine Schlachtszene zwischen den durch Föhrung ihrer Lieblingswaffe, die Schleuder, charakterisirten Incas und wilden Stämmen, die mit Bogen und Pfeilen kämpfen. Am Rande zeigen sich die halbmythischen Thiere, mit denen die Phantasie des Hochländers die dichten Wälder zu seinen Füßen bevölkert. Das Gefäß diente wahrscheinlich zur Aufbewahrung der Chicha, des einheimischen Bieres, das den Todten in ihre letzte Behausung mitgegeben wurde. Es findet sich aufgeführt auf Seite 33 (Schrank 18) des vor Kurzem ausgegebenen Katalogs der ethnographischen Abtheilung.

Baronin von Eynatten.

Dieser Tage wurde in Wien die Wittve des österreichischen Generals v. Eynatten mit ihrer Tochter in einem wiener Hotel unter Anschuldigung des Betruges verhaftet. General v. Eynatten hatte sich bekanntlich während des österreichisch-italienischen Krieges bedeutende Unterschlagungen zu Schulden kommen lassen, denen man den Verlust der Festung Mantua und damit den unglücklichen Verlauf jenes Krieges Schuld gab. Der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung entzog er sich durch Selbstmord. Seiner Wittve bewilligte der Kaiser damals eine Pension, welche jedoch bald darauf von der Delegation gestrichen wurde, so daß die Familie zuletzt in die traurigste Lage gerieth, wie nachstehende, dem „N. Frdbl.“ entnommene Mittheilungen über deren Verhaftung ergeben. Baronin Cornelia von Eynatten, eine geborene Frein von Hörnstein, konnte selbst nach den durch den Tod ihres Gatten völlig veränderten Verhältnissen dem Luxus, in dem sie aufgezogen worden, nicht entsagen. Als der fortwährende Appell an ihre Verwandten, durch deren Hilfe sie bisher standesgemäß zu leben in

die Lage gesetzt war, endlich kein Gehör mehr fand, machte sie Schulden. Sie gerieth in die Hände von Bucherern und konnte sich von denselben nicht mehr losmachen. Was nützte es, daß von verschiedenen Seiten wiederholt für sie gezahlt wurde, sie war genöthigt, immer wieder Anleihen zu machen. So ging es bis vor 3 Jahren. Da versiegten alle Quellen. Sie war einzig und allein auf den Mißbrauch des ihrer Tochter gehörigen Vermögens angewiesen. In vierteljährigen Raten erhielt sie etwa 100 fl., welche indeß stets zur Deckung kleiner Schulden, die sie, um nur das tägliche Brod zu erhalten, kontrahiren mußte, verwendet wurden. In dem letzten halben Jahre stieg ihre Noth immer höher. Sie war auf Almosen im Betrage von fünf oder zehn Gulden von Seite früherer Bekannten beschränkt, und oft, sehr oft mußte sie mit ihrer Tochter, welche zu einem blühend schönen Mädchen h rangewachsen ist, buchstäblich hungern. Da sie keine Wohnung besaß, quartirte sie sich in den Vorstädten in den Hosteln ein. In jedem derselben konnte sie jedoch nur einige Wochen, oft nur einige Tage bleiben, weil sie Miete und Verpflegung nicht zu zahlen vermochte. Anfangs Juli zog sie mit ihrer Tochter ins Hotel Schwender. Ihr Name verschaffte ihr auch das Kredit. Derselbe hielt jedoch nicht lange an. Sie besaß gar keine Effekten und wurde daher von dem um sein Geld besorgten Zimmerkellner gedrängt. In ihrer Noth ließ sie beim Portier das Abbediplom ihres Gatten zurück und verließ am 10. Juli das Hotel, ohne zurückzukehren. Einige Tage darauf wurde gegen sie bei der Polizei die Anzeige erstattet, und diese ließ sie verfolgen. Endlich gelang es einem Detektiv, die Baronin Eynatten und ihre Tochter eines Abends im Hotel „zum Kreuz“ in Mariabühl aufzufinden, worauf sie auf das Sechshauser Kommissariat gebracht wurden. Die Leidensgeschichte der unglücklichen Frau, welche in den Schlussworten gipfelte: „Wir haben kein Obdach und keine Substanzmittel, erbarmen Sie sich unser und lassen Sie uns in den Arrest bringen!“ erfüllte selbst den Kommissar mit tiefem Mitleid. Als er dem Mädchen, welches gegenwärtig fünfzehn Sommer zählt, sagte, man verdächtige ihre Moralität, und der Mutter erklärte, sie müsse zu einer anderen Lebensweise greifen, um der Verdächtigung keine erwiesenen ungerathenen Anhaltspunkte zu bieten, rief die junge Karoline von Eynatten weinend: „O, Herr Kommissar, sperren Sie uns lieber ein, es ist besser, als daß man sagen könnte, wir seien schlecht.“ Der Beamte ließ, nachdem er die Ueberzeugung gewonnen, daß ein eigentlicher Betrug nicht vorliege, den Portier vom Hotel Schwender holen, und dieser, von der Noth der beiden Frauen gerührt, erklärte, dieselben bis auf Weiteres im Hotel behalten zu wollen. Er nahm sie gleich mit und sorgt vorläufig für ihre Existenz.

* Seit dem 13. August fliegt die deutsche Fahne auf dem höchsten Punkte des deutschen Reichs, nämlich auf der Zugspitze (9554 Fuß hoch. D. N.), aufgeschlängelt von einer deutschen Jungfrau, der Tochter des Herrn v. Kleffing aus München. Der Ersten ihres Geschlechts, welche die Ersteigung dieses Berggipfels auf der schwierigsten, der Tiroler Seite (von Ehrwald her durch das Schneefar, tief unten der Eissee, direkt hinauf) in Begleitung ihres Vaters und zweier anderer Herren aus München unter Führung mehrerer gewandter Gensdarmen glücklich ausführte.

daran, daß in mehr als fünfhundert Gemeinden Frankreichs die Behörden gegenwärtig mit dem Klerus wegen der Uebergänge desselben in Konflikt gerathen sind. „Aber,“ fügt „Siecle“ hinzu: der Klerus und die Kongregationen sind nie zufrieden, obgleich dieselben ihr zahlreiches Personal haben, dem sie jedes Gefühl für die Familie verbieten, um es stets in der Hand zu haben; sie haben Geldsammlungen und Vermächtnisse, verfügen über größere Budgets, als mancher europäische Staat, haben eine gelehrte und seit Jahrhunderten organisierte Hierarchy, sie haben den Beichtstuhl, wodurch sie viele Männer, die Frauen sammt und sonders beherrschen, ihr Wort hat religiösen Charakter und tritt als Wort Gottes auf.“ Es scheint demnach als ob der kirchliche Konflikt in Frankreich bereits tiefergehend wäre, als ob es bei oberflächlicher Beobachtung scheinen will. Gelingt es dem Lande, sich der Herrschaft des Klerus zu entwinden, so ist davon nicht nur viel für seine sittliche Hebung, sondern auch für den Frieden der Welt zu erhoffen.

Das „Journal des Debats“ meldet, daß auch der russische Botschafter in Paris, Fürst Orlov, sich nach Berlin begeben und dort während der ganzen Dauer des Aufenthalts des Kaisers verweilen wird. Die Pariser Blätter waren früher überzeugt, daß Fürst Orlov dazu bestimmt sei, die künftige russisch-französische Allianz gegen Deutschland anzubahnen. Seine Berufung nach Berlin dürfte diese schon etwas wankend gewordene Täuschung wohl vollends zerstören. Das „Journal des Debats“ fügt der vorstehenden Nachricht noch hinzu: „Der Großfürst-Thronfolger, welcher sich zur Zeit noch in Kopenhagen befindet, wird diese Stadt am 17. August verlassen, um sich nach Novo-Tscherkassk (Don) zu seinem kaiserlichen Vater zu begeben. Beide hohe Personen werden dann nach Berlin gehen, wo sie vom 6. bis zum 12. September verweilen werden.“

Herr Louis Veillot unterzeichnet heute im „Univers“ einen Artikel, in welchem er die drei Kaiser wegen ihrer Zusammenkunft in Berlin verhöhnt. Ein anderer Aufsatz des ultramontanen Blattes enthält „die unterirdischen Manöver außerhalb der Konferenz, welche wieder einmal eine Probe von den Ränken des Fürsten Bismarck geben.“ Danach hat Minghetti bei seiner jüngsten Reise nach Deutschland in geheimer Sendung auch Berlin besucht! Das „Univers“ weiß auch, um was es sich handelte: „Es ist jetzt gewiß, daß Italien und Deutschland im Einvernehmen eifrig rüsten. Wir haben schon vor sechs Wochen auf die Arbeiten der Deutschen hingewiesen; seitdem haben die Arbeiten nicht still gestanden und sie haben in Velfort einen Charakter angenommen, daß schließlich die Unläubigsten davon reden. In Italien arbeitet man, allerdings in kleineren Verhältnissen aber wahrnehmlich nach dem in Berlin gefaßten Plane. Viktor Emanuel hält sich deshalb absichtlich von der Zusammenkunft der Kaiser fern, wie denn diese Zusammenkunft Europas Augen nur von dem ablenken soll, was wirklich vorgeht. Aber es ist gut, daß Oesterreich und Frankreich sich nicht in eine Sicherheit, die sie bald zu bereuen haben werden, einschließen lassen.“

Die Geschichte der Belagerung von Straßburg, in welcher General Ulrich sich gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe verteidigt, wird nächstens erscheinen, einige Blätter geben schon vorläufige Auszüge.

Italien.

Der römische Korrespondent der „Gazzetta d'Italia“ schreibt: „Die beiden Hauptreden des Papstes, Mgr. de Merode und Mgr. Nardi, fielen auch am Tage der Wahlkämpfe in Rom. Mgr. de Merode ist ins Bad gegangen, weil ihm die Gefangenschaft unerträglich geworden ist, und Mgr. Nardi weilt in Paris, wo er mit einigen Mitgliedern der Nationalversammlung Intriguen schmiedet. Auch der ehrenwerthe Redakteur der „Voce della Verita“ befindet sich in Paris. Er hatte mehrere Unterredungen mit den Herren Thiers und Renoult, ist aber sehr enttäuscht aus denselben zurückgekommen. Er konnte nicht erlangen, daß das Konklave in Frankreich abgehalten werden darf. Graf de Renoult entgegnete ihm, daß es für die französische Regierung eine allzu schwere Last, zu große Verantwortlichkeit, eine Quelle unsäglicher Unannehmlichkeiten und für die katholische Kirche ein Schisma abgeben könnte. Die Regierung von Frankreich meinte, es wäre das Beste, das Konklave in Rom selbst abzuhalten. Mgr. Nardi sieht den pariser Erzbischof Mgr. Guibert häufig und verspricht ihm den Kardinalshut, wenn es ihm gelingt, die französische Regierung den Plänen des Papstes geneigt zu machen. Hiernach wird er die Schlösser der Vendée und Normandie besuchen, wo er dem heiligen Vater einen reichen Peterspfennig zusammenzubringen und nebenbei angenehme Stunden zu verleben gedenkt.“

In Monza ist ein Pfarrer verhaftet worden, der sich fonsagen einen ganzen Harem aus den hübschesten seiner weiblichen Beichtkinder, meist Mädchen zwischen 15–18 Jahren, angelegt hatte. Nicht weniger als 27 Verführungsfälle werden dem würdigen Diener Gottes zur Last gelegt, der den Beichtstuhl dazu benützte, sich die Opfer für die Befriedigung seiner Lüste heranzubilden.

Es ist auffallend, daß seit den Wahlen in Rom die klerikalen Journale die Reden des Papstes nicht mehr veröffentlichten, welche der Papst bei den häufigen Empfängen im Vatikan hält. Die Einen sagen, der Papst habe seit jenem Tage keine Reden mehr gehalten. Andere behaupten dagegen, er habe wohl noch welche gehalten, sie seien aber derart, daß man sie nicht mehr veröffentlicht könne, weil sie gegen die Katholiken, welche bei den Wahlen gesiegt haben, zu harte und empfindliche Äußerungen enthalten. Die Jesuitenpartei hatte dem Papste immer vorgemacht, daß die römische Körperschaft ihm treu ergeben sei und in den Wahlen eine ganz vermalende Majorität sich gegen die „unpatriotische“ Regierung erklären würde. Jetzt sagen sie nun, daß diese Majorität nicht zum Vorschein gekommen sei, weil viele sonst ganz gute Katholiken und Getreue des Papstes am Wahltag sich nicht herausgetraut hätten. Natürlich zieht nun der Papst in den heftigsten, maßlosten Ausdrücken über diese Los, die sich seine Getreuen nennen, und wenn es gilt, in den Stunden der Noth und Gefahr, ihn im Stiche lassen. Da finden denn der „Osservatore Romano“ und die „Voce della Libertà“ und der „Catholique“ für gut, die harten Worte des heiligen Vaters nicht weiter zu verbreiten, um den Haß, der in der katholischen Partei nun einmal vorhanden ist, nicht noch größer und unheilbarer zu machen.

Großbritannien und Irland.

In den Spalten der „Times“ erscheint eine Zuschrift, in welcher Herr Karl Marx die Echtheit eines in den französischen Blättern aufgefundenen angeblichen Einladungskirculars des Generalrathes der Internationalen zur Theilnahme an einem in Haag zu veranstaltenden Kongress entschieden bestritt. Das Schriftstück trug die Unterschrift des Einsenders als Generalsekretär der Internationalen, und Herr Marx bemerkt nach der Erklärung, daß der Generalrath durchaus keine derartige Einladung erlassen habe, er hätte schon deshalb nichts als Generalsekretär unterzeichnen können, da er nie diese Stelle bei der Internationalen bekleidet habe.

In England nehmen die Demonstrationen der Katholiken und die Gegendemonstrationen der Orangisten, welche in diesen Tagen im Norden von Irland stattgefunden haben, die öffentliche Aufmerksamkeit sehr ernstlich in Anspruch. „Daily News“ widmet diesen Vorgängen einige sehr gemäßigte Betrachtungen und findet den Grund für diese auffallenden Zwistigkeiten zwischen den irischen Katholiken

und Protestanten großentheils in dem Verhalten der Regierung. Das Blatt sagt darüber:

„Die Regierung hat die irische protestantische Staatskirche abgeschafft, aber Herr Gladstone versteht trotzdem nach wie vor, die Nothwendigkeit der Verbindung von Kirche und Staat, und so dürften die katholischen Irländer annehmen, daß die Ansprüche des katholischen Klerus gerechtfertigt sind, und daß Kardinal Cullen noch sehr gemäßig ist, wenn er die unbeschränkte Kontrolle über die Erziehung jedes Kindes von katholischen irischen Eltern verlangt. Die Regierung begünstigt scheinbar die Annahmen der Hierarchie, wie davon noch deutlich die Behandlung der Angelegenheit des Pfarrers O'Reefe ein Beispiel zu geben schien. Und die Regierung gewinnt bei diesem schwankenden und halben Verfahren doch keinen Frieden, denn der Zwiespalt ist nicht nur religiös, sondern auch national, und der Certe denkt sofort nicht daran, seine alten historischen Beschwerden und Ansprüche gegen den Sachverhalt zu erheben, sobald die Regierung sich auch nur den Anschein giebt, sie in etwa anzuerkennen. „Daily News“ schließt: „Er giebt zwei und nur zwei Wege für die Regierung. Sie mag sich entweder entschließen, eine mehr oder minder enge und eingeständene Verbindung mit der römisch-katholischen Hierarchie in Irland einzugehen und versuchen, das Land mit Hilfe dieser Körperschaft zu regieren, oder sie mag in unabweisender Sprache den weltlichen Charakter des Staates proklamieren und die religiösen Körperschaften Irlands nicht weiter anerkennen, als daß sie die Freiheit aller bezeugen. Der erste Weg würde zu nichts Anderem als Enttäuschung führen, welcher gegenseitige Beschuldigungen folgen würden. Er würde die Protestanten des Nordens nicht entnuthigen, aber eine gerechte Entrüstung bei ihnen hervorrufen und ein Verrath an allen gebildeten und unabhängigen Katholiken im ganzen Lande sein. Der zweite Weg würde jeder Kirche und Partei so ziemlich alles geben, was sie verlangen dürfen, er würde die Protestanten befriedigen und die Regierung zum Beschützer jedes intelligenten Katholiken machen. Aber so lange, als entweder katholische oder Protestanten glauben, daß die Regierung die Religion ihrer Politik zum Grunde legen und einen Theil ihrer Pflichten auf religiöse Organisationen übertragen will, wird der Gedanke des Vorranges in der Staatsgemeinde mit einer durch die Beseitigung der Staatskirche noch vergrößerten Gewalt wirken, und es wird vergebens sein, auf Frieden zu hoffen.“

Amerika.

Chicago, das vor neun und einem halben Monat fast gänzlich in Asche gelegt wurde, erhebt sich mit staunenswerther Geschwindigkeit. Damals waren 98,500 Menschen ohne Wohnstätte. Von diesen hatten 74,500 in 13,300 Häusern gewohnt. Seitigen Berichten zufolge sind in jedem Theile der Stadt bereits neue Wohnungen für 70,000 Menschen hergestellt worden. In dem südlichen Stadttheile, wo die Hotels, Theater, Magazine und Läden sich befanden, und wo auf 460 Morgen 3650 Häuser niederbrannten, sind nun sogar mehr Häuser aufgebaut, die die früheren an Schönheit, Werth und — was das Wichtigste und Beste ist — an Gediegenheit des Baues bei weitem übertreffen. Im Ganzen beträgt die wiederhergestellte Straßenlänge 26 Meilen. Trotzdem war in den ersten drei Monaten nach dem unglücklichen Brande wenig gethan worden und auch im Winter konnte der Wiederaufbau nicht ganz so eifrig wie im Sommer betrieben werden. Die „Chicago Times“ hofft, daß am 9. Oktober, dem Jahrestage des Unglücks, der Welt das staunenswerthe Werk einer in einem Jahre aus ihren Ruinen erstandenen Stadt ein Centmal amerikanischer Energie und amerikanischer Unternehmungsgewisses werde gezeigt werden können. Das neue Chicago wird, wie das gewöhnlich bei wiederaufgebauten Städten der Fall ist, das alte Chicago in mancher Beziehung übertreffen. Anzuerkennen ist, daß trotz der Arbeiterbewegungen überall in Amerika und Europa, die Arbeiter in Chicago unter keinem Vorwande zu einer Arbeitseinstellung geschritten sind. — Im Uebrigen hat auch der Handel der Stadt keineswegs gelitten, und wie sehr sich die ärmeren Klassen des Wohlstandes mit erfreuen, geht daraus hervor, daß die Sparkassen-Einlagen seit dem letzten April etwa 2 Millionen Dollars betragen. — Der diesjährige Adresskalender Chicagos (City Direktory) enthält 130,000 Namen, 20,000 mehr als im vorigen Jahre.

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 21. August.

Das I. Konsistorium der Provinz Bosen verordnet in Betreff einer kirchlichen Feier des 2. September als deutsches Nationalfest Folgendes:

Von einer größeren Vereinigung angesehenen Männer aus allen Theilen des deutschen Vaterlandes, welche eine möglichst allgemeine Begehung des 2. Septembers, des Jahrestages der Schlacht bei Sedan, als eines deutschen Nationalfestes in weiten Kreisen zur Anregung gebracht hat, ist auch unsere Mitwirkung zur Empfehlung einer kirchlichen Feier des Festes in Anspruch genommen worden. Wir kommen dieser Aufforderung gern nach, indem wir den Herren Geistlichen unsern Aufschreibes hiermit ans Herz legen, die würdige Feier jenes Tages zur Erinnerung an die glücklichen Erfolge des Jahres 1870/71 und die uns dadurch geschenkte Wiederaufrichtung des deutschen Reiches thätig zu fördern, auch den sich gewiß vielfach äuernden Wunsch, daß dem Feste die kirchliche Weihe nicht fehlen möge, durch Veranstaltung eines Dankgottesdienstes bereitwillig zu erfüllen. Da die Feier auf keiner offiziellen Anordnung beruhen wird, so sind wir in der Lage, alle Einzelheiten derselben, welche sich nach den besonderen lokalen Verhältnissen werden richten müssen, dem pflichtmäßigen Ermessen der Herren Geistlichen vertrauensvoll zu überlassen.

Der polnische Emigrant Karl Mitoszewski hat das Programm einer vom 1. Oktober d. J. ab in Genf von ihm herauszugebenden französischen Zeitschrift veröffentlicht, die ausschließlich den slavischen Angelegenheiten gewidmet sein und den Titel „La Slave“ führen soll. Das Programm ist entschieden russisch-panslawistisch und stellt als Hauptpunkte auf, die Unmöglichkeit der Wiedererrichtung Polens durch die eigene Volkskraft und die Nothwendigkeit der Unterstützung der Polen mit der russischen Regierung, die auf der Grundlage der Antonomie des Königreichs Polen zu erstreben sei. Karl Mitoszewski war im Jahre 1863 Ehrenbürger des plocker Domkapitels und trat nach Ausbruch des Aufstandes als Mitglied in die polnische Nationalregierung ein. Seit 1864 lebt er in der Emigration. Außer ihm wirkt für den russischen Panslawismus der in Zürich lebende Emigrant Oberst Wierzbicki. Gegen beide polnische Panslawisten hat Graf Wladislaus Plater in Zürich in dem in Genf erscheinenden „Journal des Etrangers“ einen heftigen Artikel veröffentlicht, in welchem die russisch-panslawistischen Bestrebungen vom polnischen Standpunkt entschieden verurtheilt werden.

Wie das warschauer Regierungsblatt berichtet, wurde am 22. v. M. in Wirballen bei ihrem Eintritt in Rußland eine Frau Zosapha v. Dobrowolska verhaftet, bei der falsche russische Banknoten in Appoints zu 10 und 50 Rubl. im Gesammtbetrage von 20860 S.-M. vorgefunden und in Beschlag genommen worden. Die Verhaftete, die aus Wilna gebürtig ist und sich in Wirballen in Untersuchung befindet, behauptet, diese falschen Fabrikate von der abwechselnd in Paris und Brüssel lebenden Fürstin Oginska geb. Gräfin Plater mit dem Auftrage erhalten zu haben, sie nach Wilna zu bringen und dort an eine ihr näher bezeichnete Dame abzugeben. Die Fürstin Oginska beschäftigt sich nach dem weiteren Gehändnis der Verhafteten schon seit drei bis vier Jahren mit der Verbreitung falscher russischer Rubelscheine und soll in dieser Zeit derartige falsche Fabrikate im Gesammtbetrage

von mehreren hunderttausend S.-M. nach Rußland versandt haben. Dieselbe stammt aus Litthauen, verließ aber im Jahre 1864 ihr Heimathland und übersiedelte nach der Provinz Posen, wo sie sich mehrere Jahre in der Stadt Posen aufhielt und von hier wiederholt auf längere oder kürzere Zeit Ausflüge nach Berlin machte. Im Jahre 1869 unternahm sie von Berlin aus eine Reise nach Rußland, der Türkei, Italien und Frankreich und ließ sich dann in Paris nieder, wo sie sich der polnischen Emigration angeschlossen.

Die „Gazeta Tor.“ enthält folgende Mittheilung aus Gniomow:

„Seit Ende v. M. treibt sich im Kreise Snowracław ein verdächtiges Individuum in verschiedenster Bekleidung, bald als russischer Grenzbeamter, bald als russischer Militär herum, der sich Solowowski nennt und für einen Bruder des aus dem Jahre 1863 bekannten Insurgentenführers Solof ausgiebt. Der Mann besitzt einen Paß auf den Namen Wladislaw Dalewski und scheint in der That der durch wenig schmeichehafte Eigenschaften hier bekannte Dalewski zu sein. Er besucht auf seinen Wanderungen die polnischen Gutshöfe, Geistlichen und Lehrer, fordert von ihnen mit edler Dreistigkeit Zigarren und Branntwein und oft auch eine Fuhre bis zum nächsten Dorf. Wir warnen das Publikum vor dieser Persönlichkeit, die hoffentlich bald der Polizei in die Hände fallen wird.“

Der zeitige Vorort des deutschen Journalistentages in München hat, wie von da der „Nat. Z.“ mitgetheilt wird, an den Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer in Erwiderung auf dessen an den Journalistentag gerichtete Eingabe folgendes Schreiben abgehen lassen:

München, 17. August. Der VII. deutsche Journalistentag unterzog in seiner zweiten Sitzung Ihr geehrtes Schreiben vom 15. Juli 1. Z. (in welchem bekanntlich zunächst das Wegfallen der Morgennummern der Zeitungen verlangt wurde) einer eingehenden Berathung; er anerkannte die Berechtigung der Forderung des Hintwegfallens der Sonntagsarbeit, sowie der möglichen Beschränkung der Nacharbeit, an deren üblen Folgen nicht bloß die Sieger und Drucker, sondern alle an der Herstellung von Zeitungen beteiligten Personen zu leiden haben; allein von der Thatsache ausgehend, daß die Festsetzung, wie oft und wann eine Zeitung zu erscheinen habe, sowie der Arbeitszeit der Herren Sieger z. nicht Sache der Redakteure und Journalisten, sondern der Drucker und Verleger ist und daß selbst diese hierin nicht nach ihrer Willkür verfahren können, sondern sich nach den örtlichen Verhältnissen, nach den Wünschen des Publikums, den Bedürfnissen des Verkehrs und den Abgabszeiten der Post und Eisenbahn richten müssen, sah sich der siebente deutsche Journalistentag nicht in der Lage, in Bezug auf das Erscheinen der Zeitungen allgemeine gültige Maßregeln zu verabreden oder dergleichen Vorschläge zu ertheilen und konnte daher Ihrem geehrten Schreiben eine weitere Folge nicht gegeben werden. Mögen Sie überzeugt sein, daß nicht Unliebvolles gegen die Herren Sieger, die ja gemeinsam mit den Journalisten an dem Werke der Aufrüstung des Volkes und der Beförderung seiner Lage arbeiten, sondern lediglich die angegebenen Gründe, das Interesse der Zeitungen und die Macht der Verhältnisse den deutschen Journalistentag zu diesem Vorgehen veranlaßten. Der Vorort des deutschen Journalistentages. A. Béchioni.

Herr Osiecki, welcher längere Zeit sein aus Champagner-Korkholz mit außerordentlicher Sorgfalt geschnitztes Kunstwerk, darstellend eine Gegend in Steiermark, in unserer Stadt ausgestellt hat, reist von hier nach Lissa und wird dort gleichfalls dieses interessante, in seiner Art einzige Kunstwerk, an welchem dessen Verfertiger 5 Jahre lang gearbeitet hat, sehen lassen.

Die hiesigen Schneidermeister werden in Folge einer Aufforderung seitens des „Deutschen allgemeinen Arbeitgeberbundes des Schneidergewerbes“, resp. dessen Präsidenten, E. Rubin zu Berlin, in der nächsten Zeit wahrscheinlich gleichfalls zu einem Arbeitgeber-Ortsverein zusammenzutreten. Jener Bund ist auf Beschluß des Kongresses sämtlicher Kleidermacher und Inhaber von Schneidergeschäften Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs, wobei durch 600 Anwesende 20,000 Inhaber von Schneidergeschäften aus 241 Städten vertreten worden, zum Schutz der Interessen der Arbeitgeber auf gesetzlichem Wege gegründet worden, und umfaßt alle Städte Deutschlands, O.-Oesterreichs und der deutschen Schweiz. Zweck des Bundes ist nach den Statuten: geordnete Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern anzubahnen und die Rechte und Interessen des Gewerbes auf gesetzlichem Wege zu schützen und zu fördern. Dieser Zweck soll erreicht werden: 1) durch Gründung von Arbeitgeber-Ortsvereinen; 2) durch Errichtung von Einigungsämtern, resp. gewerblichen Schiedsgerichten; 3) durch Ausbildung von Lehrlingen, sowie durch Errichtung von Lehrlings-Bildungsschulen, wo keine solche bestehen, und Beschaffung der nothwendigsten Lehrmittel für dieselben; 4) durch Herstellung einer möglichst umfangreichen Statistik zur Orientierung innerhalb des gewerblichen Verhältnisses des Schneidergewerbes; 5) durch Einführung von Arbeitsbüchern für Arbeitnehmer. Jeder Ortsverein zahlt an die Bundeskasse einen Beitrag von 5 Sgr. pro Kopf vierteljährlich pränumerando, und hat der Generalrath in Berlin als Gegenleistung dafür die Verpflichtung, die Agitationen im allgemeinen Interesse des Bundes zu leiten und Fachschulen auf Grund des Statuts zu subventioniren. Der Generalrath (Vorstand) besteht aus einem Präsidenten, 10 Mitgliedern und einem beauftragten Sekretär, welche sämtlich in Berlin wohnhaft sein müssen. Ordentliche Delegirte tagen jährlich einmal, außerordentliche Delegirte auf Antrag von 20 Ortsvereinen statt. Als Grundprinzip des Bundes gilt: sämtliche Mitglieder desselben verpflichten sich auf Ehrenwort, keinen Arbeiter, welcher sich den Beschlüssen des Einigungs-Amts nicht fügt, zu beschäftigen. Doch kann dieses Grundprinzip, sobald der Ortsverein die strikte Ausführung desselben nicht für fördernd hält, durch den Generalrath für den betr. Ort auf ein Jahr suspendirt werden. Als Organ des Bundes wird eine besondere sozialpolitische Zeitung in Verlag und Redaktion von Emil Rubin in Berlin herausgegeben, welche die Ortsvereine zu halten verpflichtet sind.

Polizeiliche Mittheilung. Verhaftet wurde auf Requisition einer auswärtigen Gerichtsbehörde von der hiesigen Polizei ein Franzos, welcher vor einigen Wochen einen Freundin, bei der sie sich zum Besuche aufhielt, diverse Kleidungsstücke gestohlen. Einige derselben wurden bei ihr noch vorgefunden. — Montag Abends gegen 11 Uhr wurde der von Breslau hier eintreffende Zug genau durchsucht, weil nach einer kurz zuvor angelangten telegraphischen Depesche ein Passagier in einem Coupé 3. oder 4. Klasse eine Briefstafel mit einigen hundert Thalern abhanden gekommen war. Ueber den Verbleib derselben ist nichts ermittelt worden. — Am Montag wurde hier ein Kohn ermittelt und in Beschlag genommen, welcher vor etwa einem Jahre einem Besitzer außerhalb Posen's gestohlen worden war. Der jetzige Inhaber will denselben von einem Unbekannten gekauft haben.

Unfall. Der Hauptmann Freiherr v. Reibnitz vom 37. Jüßlir-Regiment, welches vor Kurzem zu den Brigade-Übungen bei Lissa von hier ausrückte, ist bei Alt-Bosen mit dem Pferde gestürzt, so daß ihm der eine Fuß dabei brach. Der Verunglückte ist mittels der Eisenbahn hierher geschafft worden.

Personalveränderungen in der Armee. v. Gontard Ob. Lt. vom Niederböhler. Fest. Art. Regt. Nr. 5 und Art. Off. vom Platz in Glogau, mit der Führung des Magdeburger. Feld. Art. Regts. Nr. 4, unter Stellung à la suite desselben, beauftragt.

Personalnotizen. Versen: Der bisherige Pfarrverweser Müller zu Groß-Mierkowiec, Diözes Eobdies, zum Diakon und zweiten Prediger an der evangelischen Kirche in Meseritz.

Einpfarung. Die evangelischen Bewohner der im Kreise Schroda belegenen Ortschaft Nagradomice sind zur evangelischen Kirche in Kozłayn, Kreises Schroda, vom 1. Juli cr. ab definitiv eingepfarrt worden.

Notiz. Montag Abends wurde auf dem Fluß eines Hauses auf der Wilhelmstraße ein daselbst dienendes Mädchen von einem

(Fortsetzung in der Beilage.)

Die Börsenpreise für Spiritus (pro 100 Quart = 8000 pSt. Trals

les) stellten sich im Jahre 1871 an den nachbezeichneten Terminen für Lieferungen an denselben wie folgt, und zwar:

	Höchst-Preis.	Niedrigst-Preis.	Regulirungspreis am Stichtage.
	Thlr.	Thlr.	Thlr.
Januar	15 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂
Februar	15 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂
März	15 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂
April	14 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂
Mai	15 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂
Juni	15 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂
Juli	15 ¹ / ₂	14 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂
August	16 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂	16 ¹ / ₂
September	17 ¹ / ₂	15 ¹ / ₂	16 ¹ / ₂
Oktober	21 ¹ / ₂	16 ¹ / ₂	20 ¹ / ₂
November	21 ¹ / ₂	19 ¹ / ₂	20 ¹ / ₂
Dezember	21 ¹ / ₂	20	20 ¹ / ₂

Der im Bereiche der hiesigen königlichen Provinzial-Steuer-Dezision zur Versteuerung gekommene Maishaus betrug:

im Jahre 1871 . . . 305,540,946 Quart,
im Jahre 1870 . . . 355,865,540 „

und ergab an Steuer:
im Jahre 1871 . . . 1,527,340 Thlr.
im Jahre 1870 . . . 1,778,762

Ein Theil des hierorts in den Verkehr gekommenen Spiritus ist von den hieselbst bestehenden Spiritfabriken aufgenommen und verarbeitet worden. Der Verlauf der Fabrikate erfolgte vorzugsweise bahnhäufig in die Konsumtionsgebiete und es stellte sich bei Beginn des Jahres der Absatz nach Rheinland und Westphalen ziemlich befriedigend. Die bekannten und oft erwähnten Störungen im Bahnverkehr wirkten fast bis Ende Juli benachteiligend. Der Export nach Frankreich verbot sich aus bekannten Ursachen, und auch der nach England floßte. Im Frühjahr mußten wir in Folge ungünstiger Preise des Rohprodukts unserem Konkurrenzplatz Breslau die Versorgung des süddeutschen und schweizerischen Marktes theilweise überlassen. Von Breslau aus lieferte man am um so billiger, als die in unserem vorjährigen Berichte berührte, auf dem handelswidrigen Vorgehen der italienischen Regierung beruhende, annoch fortdauernde Erhöhung des Einfuhrzolls für Spirit aus Italien den Markt dieses Landes auswärtigen Zufuhren fast ganz verschloß und Schließen den Verlust der Kundenschaft daselbst durch energische Ausbeutung der näher gelegenen Gegenden zu ersetzen bemüht blieb. Indes arbeitete unser Platz nicht ohne Aufwand großer Anstrengung mit Süddeutschland und der Rheinprovinz weiter, ferner von Beginn der Schifffahrt an und bis zum Herbst mit Ostpreußen, das bedeutend als Käufer auftrat; hauptsächlich Memel nahm erhebliche Posten von hier aus auf. Die Hoffnung, durch baldigen Beginn der Brennampagne 1871/72 zu neuen Spirituszufuhren zu gelangen, erwies sich als eine trügerische. Die Brennereien begannen in Folge der ungünstigen Kartoffelernte ihren Betrieb spät und nur in beschränktem Maße. Die Folge war eine zunehmende Knappheit von Rohwaare und so plötzlich und stark gestiegenen Preisen, daß nach keiner Seite ein Absatz von Spirit möglich war. Der Westen war uns durch Berlin verschlossen, wo die Fabriken wegen des Stockens des Verkehrs nach Hamburg und der andauernden Unausgiebigkeit des französischen Marktes fast brach lagen und ihre Vorräthe sowie die Refraktationsprämie zu ermäßigen sich genöthigt sahen. Im Süden that Breslau das Seine mit enormen alten Lager, um uns in Unthätigkeit zu erhalten. Hierzu kam der Umstand, daß die Abwicklung früherer Verhältnisse wegen des Mangels an Rohwaare sehr schwierig wurde. Erst als zu Anfang November die Zufuhren von neuem Spiritus stärker wurden, entwickelte sich zu den gestiegenen Preisen wieder ein lebhaftes Spritzgeschäft, besonders nach dem Rhein und dem Südwesten Deutschlands, das bis zum Schluß des Jahres anhielt.

Elfaß und Lothringen werden in normalen Produktionsjahren mit Erfolg auch von hier aus mit Spirit versorgt werden können, da diese Reichsgebiete eine eigene Spiritusproduktion nicht kennen und vor der Lösung von Frankreich ihren Bedarf an Spirit aus dem Norddepartement (Aile) bezogen. Wesentlich für einen regelmäßigen Vertrieb dorthin und nach Süddeutschland bleibt erforderlich, daß ein direkter ermäßigter Versandtarif für Spirit und Spiritus zwischen Posen und Mannheim erlangt wird. Unter Anderem würde hiermit auch die Konkurrenz Stettins, welches via Rotterdam-Mannheim sehr billig zu Wasser verladen kann, überwunden werden. Die Verwaltung der Märkisch-Posen und der in diesem Augenblick schon fertig gestellten Guben-Haller Bahn würden ihr eigenes Interesse verfehlen, wenn sie nicht ihr besonderes Streben darauf richteten, für ihre Bahnen mittels dieses Spezialtarifs die direkten Verladungen nach dem Westen zu gewinnen, wie ferner durch geeignete Fahrpläne und Anschlüsse dem Handel in den bezeichneten Richtungen förderlich entgegen zu kommen.

Es hat den Anschein, als würde dem das Spritzgeschäft störenden, vielfach gerügten Mangel an geeigneten Lagerräumen hierorts in der nächsten Zeit schon abgeholfen werden.

Die oben erwähnten zwei Spiritfabriken sind im Laufe dieses Jahres in den Besitz einer Aktien-Gesellschaft hieselbst, der Ostdeutschen Produktbank übergegangen, welche den Betrieb derselben fortsetzt.

Bei dem Transporte von Spiritus und Spirituosen auf dem Bahnkomplexe Stargard-Posen-Breslau-Oswiecin war die hiesige Station betheiligt:

	1871	1870
in der Richtung Stargard-Oswiecin als		
Verladungs-Station mit	32,644 Ztrn.	30,933 Ztrn.
als Empfangs-Station mit	13,044 „	7156 „
in der Richtung Oswiecin-Stargard als		
Verladungs-Station mit	78,979 „	104,494 „
als Empfangs-Station mit	48,475 „	46,515 „
Bei dem Transporte der betreffenden Güter auf der Märkisch-Posen Eisenbahn war die hiesige Station betheiligt:		
als Verladungs-Station mit	13,961 Ztrn.	
als Empfangs-Station mit	16,169 „	
Die Verladungen per Bahn beliefen sich:		
im Jahre 1871 auf circa 50,000 Zentner;		
im Jahre 1870 auf circa 75,000		

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die Freizügigkeit und der Unterstützungswohnsitz.

Eine vom wissenschaftlichen und praktischen Standpunkte unternommene Bearbeitung des Reichsgesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867, des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 und der innerhalb des Geltungsgebietes des letzteren ergangenen Landesgesetze, insbesondere des preussischen Ausführungsgesetzes vom 8. März 1871, nebst sämtlichen unmittelbaren und mittelbaren Materialien und Ausführungsbestimmungen. Von Friedrich Arnoldt, Regierungsrath und Mitglied der ostpreussischen Deputation für das Heimatwesen. Berlin, 1872. Verlag der Königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Deter). 624 Bog. gr. 8. Preis 4 Thlr. — Das voluminöse dem Reichskanzler Fürsten Bismarck gewidmete Werk, welches in der Literatur eine erhebliche Lücke auszufüllen berufen erscheint, hat es sich zur Aufgabe gestellt, in erschöpfender Weise die Motive der Reichsgesetze über die Freizügigkeit und den Unterstützungswohnsitz, sowie die bisher bezüglich letzterer ergangenen Ausführungsgesetze zu behandeln und ein ausgiebiges Hilfsmittel zur schnellen Beantwortung aller jener zahlreichen Fragen, welche das brennendste Gebiet unserer Reichsgesetzgebung berühren, zu liefern. Mit großem Fleiße hat der Verfasser den reichen ihm zu Gebote stehenden Quellenhaushalt benutzt, und in den hin und wieder vorkommenden Anmerkungen sein subjektives Gutachten über verschiedene Punkte abgegeben, welchem man eine gewisse Schärfe nicht absprechen im Stande ist. An allen Stellen, wo die unmittelbaren Materialien der betreffenden beiden Gesetze in ihren Motiven ausdrücklich oder stillschweigend auf die bisherige Gesetzgebung hinweisen, sind die Materialien dieser letzteren, speziell die Motive der Gesetzgebung vom 31. Dezember 1842 sorgfältig und eingehend benutzt und auch aus dem Gebiete der Judikatur des Ober-Tribunals sowie aus den Rekrüpten des Ministeriums des Innern alles einschlägige, in soweit es als Kommentar zu den heutigen Gesetzes-Bestimmungen zu gelten berechtigt ist, aufgenommen worden. Ein ganz besonderer Vorzug des Werkes dürfte ferner in dem Umfange gefunden werden, daß die Gesetzmateriale nicht in Form von Exzerpten, welche ihren wahren Werth zu schwächen im Stande gewesen wären, sondern in authentisch vollständiger Weise in ihm ihre Wiedergabe gefunden haben. Auch hat der Verfasser, welcher sorgfältig jede Lücke zu vermeiden trachtete, die bisher erschienenen Ausführungsgesetze 22 außerpreussischer Staaten Deutschlands als Anhang dem Buche beigelegt, so daß letzteres seine Anwendbarkeit nicht auf die Grenzen des preussischen Staates beschränkt sieht. Ein in die kleinsten Details eingehendes Inhaltsverzeichnis und ein von besonderem Fleiße zeugendes umfangreiches, sich an eine chronologische Uebersicht der in dem Werke enthaltenen Gesetze, Verordnungen, Rekrüpte, Ober-Tribunalsentscheidungen u. s. w. schließendes alphabetisches Sachregister erleichtert dem Benutzer das Auffinden des Gesuchten in erheblicher Weise. Da die bisherigen Erscheinungen hierüber nichts Vollständiges bieten konnten, so sieht dem wohlausgestatteten Buch eine weite Verbreitung in Aussicht.

* Die „Deutsche Warte“ bringt im ersten Augustheft folgenden Inhalt: Der Ausbruch des Besessenen im April 1872. Von C. A. R. S. 129. Der Pariser Salon. Von Friedrich Carl Petersen. II. S. 149. Umriss auf dem Gebiete der Volkswirtschaft und des Verkehrswezens. Von A. Lammers. S. 169. Die Krisis der evangelischen Kirche in Preußen. S. 176. Historisch-politische Umriss. Von v. Widenbrucht. S. 182. Todtenkahn: Joseph Martin Reichard. S. 191. Jean Baptiste Philibert Baillat. S. 192.

* Von Dr. Otto Hübners Statistischer Tafel ist soeben der 21. Jahrgang im Verl. von F. Vofelski zu Frankfurt a. M. erschienen. Derselbe enthält: Größe, Regierungsform, Staatsoberhaupt, Bevölkerung, Ausgaben, Schulden, Papiergeld und Banknotenumlauf, stehendes Heer, Kriegss- und Handelsflotte, Ein- und Ausfuhr, Zoll-einnahmen, Haupterzeugnisse, Münze und deren Silberwerth, Gewicht, Elfenmaß, Holzmaß für Wein und Getreide, Eisenbahnen, Telegraphen, Hauptstädte und die wichtigsten Orte (mit Einwohnerzahl) aller Länder der Erde. Preis 5 Sgr.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Die Wechselbank in Berlin will den Schaden, den sie ihren Aktionären in Folge der Unbequemlichkeit der Direktion zugefügt hat, zwischen Aktienbesitzer und Zeichner vertheilen. Sie will nämlich alle solche Zeichnungen für ungültig erklären, für welche die Einzahlung nicht zum bestimmten Tage geleistet worden sind. Leider kommt die kleine Abminderung des Schadens nicht mehr Denjenigen zu Gute, die ihn tragen mußten, denn der erste Schreck hatte frühere Aktienbesitzer, die zum Theil ihre Aktien bis nahe an 130 bezahlt hatten, bestimmt, sich derselben à tout prix zu entziehen. Uebrigens stellt sich jetzt heraus, daß persönliche Rancune bei dem Fiasko der Wechselbank gleichfalls eine Rolle gespielt hat. Wie an der Börse erzählt wird, ist es mit andern nicht ganz falschen Zeitungen in Paris nicht so genommen worden. Man hat nicht nur offenbare Reizwechsel als Kautelen zugelassen, sondern sogar den überschüssigen Betrag solcher Wechsel baar herausbezahlt.

Danzig, 18. August. Der Strike der Arbeiter auf der kaiserlichen, wie auf den verschiedenen Privat-Schiffswerften unserer Stadt, welcher hierorts die öffentliche Aufmerksamkeit in ziemlich hohem Grade beschäftigt, dauert noch fort; ja es ist sogar nur wenig Aussicht vorhanden, daß er sobald sein Ende erreichen werde. Einmal nämlich ist die Lohnforderung der Feindende eine so hohe, daß zwar der Fiskus, welcher aus einem großen Theile (wie man hier sagt) wirtschaftet, allenfalls, die Privatindustrie aber, bei dem Darniederliegen des Schiffbaues am hiesigen Plage, schwerlich darauf eingehen kann. So dann ist aber der Verlust, die jährlich auf der kaiserlichen Werfte beschäftigten Eisenarbeiter, Maschinenbauer, Schlosser, Anter- und Kupfer-schmiede), welche für sich keine Forderung gestellt und die Arbeit nur zur Unterstützung der Schiffbohrer und Schiffszimmerer niedergelegt haben, zur Wiederaufnahme derselben zu vermögen, vollständig mangelhaft. So ist denn seit dem 11. d. M. die kaiserliche Werfte vollständig geschlossen und die zahlreichen Aufsichtsbeamten derselben unbeschäftigt. — Auch der Strike unserer Holzarbeiter ist noch nicht ganz beendet. Auf den in der Stadt selbst belegenen „Holzfeldern“ haben zwar die Leute, wie ich Ihnen gemeldet, in Folge gütlicher Einigung mit den Arbeitgeber schon seit acht Tagen die Arbeit sämtlich wieder aufgenommen; nicht so aber auf den „Holzfeldern“ außerhalb der Stadt und in den großen Dampfschneidemühlen-Etablissements auf der Rickforter und Krakauer Ränge, wo eine solche Einigung nicht stattgefunden hat und noch fortgesetzt wird. Auch sind hier einzelne Erseffe, die polizeiliche Einschreiten nöthig machten, vorgekommen. — Bischof Dr. v. d. Marwitz zu Belpin ist Anfangs letztverfloßener Woche zur Stärkung resp. Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Wildbad

aagereist und wird die Verwaltung der Diözese Culm einstweilen von dem dortigen Weihbischof geführt. (Epen. Btg.)

Vermischtes.

* Folgender Vorfall ereigt in Berlin seit einigen Tagen in ärztlichen Kreisen eine peinliche Aufregung. Ein junger, unter jungen Kollegen durch sein bedeutendes Wissen in hohem Ansehen stehender Arzt wurde vor etwa acht Tagen Abends gegen 9 Uhr durch ein Dienstmädchen nach dem Hause eines bekannten reichen „Lebemanns“ gerufen, woselbst eine junge Dame plötzlich schwer erkrankt sei und schleuniger ärztlicher Hilfe bedürfe. Er folgte dem Rufe sofort und erkundigte sich unterwegs bei dem Mädchen nach über die Art und Weise der Krankheitserscheinungen der Patientin, wobei er denn noch erfährt, daß der Hausarzt des Dandy nicht zu treffen gewesen sei, und daß der Portier sie dann zu ihm geschickt habe. Nachdem er das Haus betreten hat, wird er in ein Zimmer geführt, wo er auf einem Sopha eine Frauengestalt in äußerst derangirter Toilette hingestreckt liegen sieht. Als er aber näher tritt, da erkennt er zu seinem Entsetzen — seine eigene junge Frau, die er in Begleitung einer Freundin im Theater wählte. Durch den sofort eingeleiteten Eheheirathungsprozeß ist, wie die „Magd. Btg.“ berichtet, die Sache in die Definitivität gedrungen.

* Während des laufenden Sommersemesters werden die preussischen landwirthschaftlichen Akademien von 136 Studirenden besucht. Die größte Zahl derselben hat die Akademie von Prossau und zwar 63, demnachst kommt die Akademie zu Poppelisdorf mit 43, dann die Akademie zu Eldena mit 30 Studirenden. Das landwirthschaftliche Lehrinstitut in Berlin zählt 37 Studirende und das in Halle 208.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Kommunale Verhältnisse in Krähwinkel.*)

I. Theil.

Die großen Schlachten gegen Frankreich waren geschlagen und jedes Menschenherz genos die Segnungen des Friedens und fühlte, daß wir nun berufen sind, die erste Geige im Völkertanz zu spielen. Auch die weisen Väter unseres Krähwinkels thaten also und berathschlugen, auf welche Weise sie sich nun würdig den großen Verhältnissen am besten repräsentiren lassen könnten. Einmalen der Bürgermeister schon alt und bei Jahren war. Und sie begannen den großen Luxus und schafften sich einen neuen Bürgermeister an. Der geachtete Leser wird nun im Vorstehenden nichts Auffallendes finden und doch, was dies für ein Ereignis, daß zu erleben weder Kind noch Kind in ganz Krähwinkel sich nicht erinnern konnte. Und eines schönen Tages kam der neue Bürgermeister und wurde in sein Amt eingeführt.

II. Theil.

Nur wer die ganze Misere einer kleinen Stadt kennt, wird wissen, wie sehr die Väter einer solchen für das Wohl des Städtchens, namentlich auch für das Ihre besorgt sind, und eines Tages geschah es, daß die Interessen in Kollision geriethen und wir hatten ein Konfliktchen und aus dem Diminutiv war ein Positiv und gedieh und wuchs empor bis zum allerhöchsten Superlativ, so daß sich beide Körperschaften gegenseitig dorthin wünschten, wo der Pfeffer wächst. Vor Schreck ob diesem Gekänge stürzten die Dämme unserer Brücke ein, so daß die Brücke selbst in größter Gefahr gerieth, doch kam ihr Niemand zu Hilfe. Magistrat und Stadtverordneten haben keine Zeit dem Uebel der Hauptverkehrsader abzuhelfen, sie müssen — um Prinzipien streiten. Wer Schuld aber an dem Konflikt hat, fragen Sie?

Welcher Recht hat weiß ich nicht.
Doch es will mich schier bedünken
Daß Sie alle Beide störrig sind.

*) Die Redaktion bittet um den Namen des Verfassers.

Allen Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten. „Revalescière Du Barry von London.“

Seitdem Seine Heiligkeit der Papst durch den Gebrauch der besten Revalescière du Barry glücklich wieder hergestellt und viele Aerzte und Hospitalier die Wirkung derselben anerkannt, wird Niemand mehr die Kraft dieser köstlichen Heilmahrung bezweifeln, und führen wir die folgenden Krankheiten an, bei denen sie sich ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten bewährt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserucht, Fieber, Schwindel, Blutausschlag, Ohrenbräusen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Gleichschmerz. — Auszug aus 72,000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden.

Certificat Nr. 71.814.

Große, Seine und Dife, Frankreich 24. März 1868.
Herr Rich, Steuerbeamter, lag an der Schwindel auf dem Sterbette und hatte bereits die letzten Sacramente genommen, weil die ersten Aerzte ihm nur noch wenige Tage Leben versprochen. Ich rieth die Revalescière du Barry zu versuchen, und diese hat den glücklichen Erfolg gehabt, so daß der Mann in wenigen Wochen seine Gesundheit wieder erlangte und sich vollkommen hergestellt fühlte. Da ich selbst so viel Gutes von Ihrer Revalescière genossen habe, so füge ich gerne diesem Zeugnisse meinen Namen bei.

Nachhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Bleibchen von 1/2 Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 2 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalescière Chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in 1 Berlin, 78 Friedrichstraße; in Posen: Rothe Apotheke A. Pfuhl, Neudorfer Apotheke zum Westphal G. Brandenburg, Krug & Fabricius, F. Fromm, Jacob Schlesinger Söhne, in Posen: Lissa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: Zul. Schottländer, in Gumbinnen bei F. H. Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwarz, und nach allen Gegenden gegen Postanweisung.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Schilberger Kreise gelegene freie Allodial-Rittergut Osypna, die Grundstücke Osypna Nr. 45 und 59, letzteres die Rosenmühle genannt, und das Braunkohlen-Bergwerk „Johannes Freuden“ bei Schilberger Kreis Schilberger Bergamts-Bezirk Waldenburg von 1200 Maßen bergordnungs-mäßig vertheilt, bei welchem letzteren die von dem Bieter zu leistende Sicherheit 50 Thlr. beträgt, dem Rittergutsherrn An'or v. R. m. b. w. v. g. gehörig, deren Besitztitel auf den Namen desselben beruht, steht, und von denen das letztere mit einem Flächen-Inhalte von 1092 Hektaren, 96 Aren, 90 Quadratklafter, die Grundstücke Nr. 45 und 59 mit einem Flächen-Inhalte von 57 Hektaren, 76 Aren und 10 Quadratklafter der Grundsteuer unterliegen und von denen das letztere mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 1,175,17 Thlr., die letzteren von 72,93

Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungsertrage von resp. 745 Thlr. und 55 Thlr. veranlagt sind, sollen im Wege der nothwendigen Subhastation am Donnerstags

den 5. September d. J.

Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des unterzeichneten Gerichts verhandelt werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein von dem Grundstück und alle sonstigen daselbst betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau III. B. des unterzeichneten königlichen Kreisgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diesem Personen, welche Eigenthumsrechte, oder welche hypothetisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Befriedigung gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch ge-

seht erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Vertheilungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Aufschlags wird in dem auf Sonn-

abend den 7. September d. J.

Mittags um 12 Uhr, im Geschäftslokale des unterzeichneten Kreis-Gerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Reupen, den 28. Mai 1872.

Königl. Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.

Bekanntmachung.

In der Untersuchungs-Sache wider den Kaufmann Hermann Ehrlich von hier wegen betrügerischen Bankrotts fordern wir alle Diejenigen, welche noch Forderungen an den Angeklagten

haben, auf, hiervon schriftlich zu unserm Untersuchungsakten B. U. 138/72 Anzeige zu machen.

Gonitz i. Wpr., den 10. August 1872
Königliches Kreisgericht.
Der Untersuchungsrichter.

Bekanntmachung.
Zum Neubau eines Trainsperde-

stalles an der Gärde der Mühlen- und Wägenstraße soll die Lieferung nachstehender Materialien, als:

400 Rb.-M. Bruch- oder gesprengte Feldsteine,
300 Mille hartgebrannte Klinker,
266 Mille Thonsteine 1. Kl.
530 Mille Schluffsteine 1. Klasse,
360 Rb.-M. gelochter Kalk

1400 Kl.-M. grobkörnigen Manersand,
270 Tonnen Stettiner Cement,
in Wege der öffentlichen Submission

Freitag, den 23. August,
Vormittags 10 Uhr,

verhandelt werden. Versiegelte und auf der Adresse gehörig bezeichnete Offerten sind im Geschäftslokale der unterzeichneten Verwaltung — Wallstraße Nr. 1. — selbst auch die Lieferungs-Bedingungen während der Dienststunden zur Einsicht ausliegend, abzugeben. Die Eröffnung der Offerten erfolgt in Gegenwart der etwa anwesenden Submittenten frühestens 10 Uhr und bleiben später eingehende Offerten und Nachgebote unberücksichtigt.
Posen, den 9. August 1872.
Kgl. Garnison-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Es soll für die evangelische Schule in Schroda ein massiver Erdteller gebaut werden. Die Kosten sind auf 191 Thlr. 12 Sgr. 4 Pf. veranschlagt. Zur Ausübung dieses Baues an den Mindestfordernden habe ich auf

Mittwoch,
den 28. August cr.,
Vormittags 11 Uhr

in meinem Bureau Termin anberaumt, zu dessen Wahrnehmung Unternehmungslustige mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß Kostenanschlag nebst Zeichnung und Visitationsbedingungen während der Dienststunden, in meinem Bureau, eingesehen werden können.
Schroda, den 17. August 1872.
Der Landrath.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. Oktober ist beim unterzeichneten Regiment die Stelle als Schneidermeister zu besetzen. Bewerber um diese Stelle müssen als Schneider auf einer Militär-Handwerkstätte bereits fungirt haben und sich über ihre Befähigung hierzu durch Atteste ausweisen können. Posen, den 21. August 1872. Königlich Preuss. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 5.

Bekanntmachung.

Auktion.

Die durch den Abbruch der Gebäude St. Martin Nr. 17 gewonnenen Materialien werden an Ort und Stelle Donnerstag, 22. d. M., Vormittags 10 Uhr, öffentlich meistbietend verkauft werden. Posen, den 20. August 1872. Königl. Polizei-Direktion. Standy.

Auf dem Dom. Wyszyn, Poststation Budzyn, stehen gute Sprungfähige Rambouillet-Negretti-Böde zum Verkauf. P. Finck.

Verkauf

zu Markan 1/2 Meilen von Dischau über 60 Vollblut-thiere des Rambouillet-Stammes am Donnerstag den 26. September 1872. Verzeichnisse werden auf Wunsch versandt. R. Heine.

Die Chemische Dünger-Fabrik von Ludwig Michaelis, Groß-Glogau empfiehlt: ff. gem. u. ged. Knochenmehl, Knochenmehl mit Schwefelsäure präparirt, hell und dunkel, Superphosphate mit und ohne Stickstoff, Superphosphate mit conc. Kalk, ff. gem. Kornmehl und Dampfpulver.

Ein Grauschimmel, Wallach, 3. gr. fehlerfrei, ist zu verk. gr. Gerber-Strasse Nr. 51. Eine Welpenpacht gegen eine angemessene Kaution wird zu übernehmen gewünscht. Nähere Auskunft ertheilt Th. Glotz. Posen, Zerkulnstr. Nr. 5.

Auf Veranlassung mehrerer Freunde des Kreis-Wundarztes Herrn Grünwald bitten Unterzeichnete um freundlich baldigst. Annäherung des Inseraten-Aufgebers in Nr. 388 der Posener Zeitung, damit der Zweck des Inserats gefördert werden kann.

Schneider & Haertel, Wasserstrasse 28.

Einem geehrten Publikum empfehle ich zur Annahme von Maschinen- und Handarbeit. Johanna Schmal, Dasse Gasse 1, 1. Et.

Freiwilligen-Examen.

Der neue Cursus beginnt am 7. October. — Pension mit voller Verpflegung. Dr. Theile, Posen, Friedrichsstr. 18.

Die Annoncen-Expedition von G. L. Daube & Co.

vermittelt alle Arten von Anzeigen in alle Blätter der Welt. Prompte, discreete & billige Bedienung. Auf Wunsch Kostenvoranschlag, sowie Zeitungskatalog gratis-franco. Central-Bureau Frankfurt a. M. General-Agenturen in allen grösseren Städten.

Verlag

der Allgem. Anzeigen zur Gartenlaube, Auflage ca. 30,000 Exempl.

Erfindung.

Das einzig sicher wirkende Mittel gegen die Unfruchtbarkeit nach medizinischen Gesetzen von Dr. Th. Auerbach, pr. Arzt in Berlin, Simmerstr. 89. Preis 1 Thlr.

Geschlechts-krankheiten, Pollutionen, Geschlechtsschwäche, Impotenz, Syphilis, Gonorrhoe und Weissfluss werden in 3 bis 5 Tagen nach einer ganz neuen Cur-Methode in meiner Poli-Klinik gründlich beseitigt. Spezialarzt Dr. Helmsen, Berlin, Hegelplatz Nr. 1. Ausw. brieflich. Schon Tausende geheilt.

Für Frauen-Krankheiten

Dr. Eduard Meyer Berlin, Wilhelmstr. 91.

Notiz für Herren.

Als einziges u. bestes Schutzmittel empfehle ich feinste und beste Fischbläsen, sowie Gummibläsen, pr. Duzent 1. u. 2. Thlr. Versand pr. Convoigänglich vollst. gegen Nachnahme unter strengster Discretion. S. G. B. Reichenstrasse 33 in Altona (Neupreußen).

Fonds-Commissionen

für die hiesige Fonds-Börse nehme entgegen und führe dieselben bestens aus. Naumann Werner, Markt 75.

Vom 1. Septbr. d. J. ab übernehme ich mein Amt als Rechtsanwalt in Trzemeszno. Gromadzinski.



Dels-Gnesener Eisenbahn.

Nachdem die Legitimation der auf den 16. Mai d. J. gemäß Art. 209 a. G.-G.-B. anberaumt gewesenen ersten General-Versammlung der zu begründenden Dels-Gnesener Eisenbahn-Gesellschaft wegen nicht erfolgter Einrückung der bezüglichen Einladung in die Posener Zeitung Seitens des Handelsrichters beanstandet worden, werden die Zeichner der Aktien dieser Gesellschaft zu der auf

Montag den 2. September d. J.

Nachmittags 2 Uhr im Saale des Hôtel de Silesie zu Breslau anberaumten constituirenden General-Versammlung eingeladen.

Tagesordnung:

- 1) Genehmigung des Gesellschafts-Statuts.
- 2) Feststellung der Zeichnung des Grund-Kapitals und der bewirkten Einzahlung von 10 % auf dasselbe.
- 3) Wahl des Aufsichtsraths.
- 4) Genehmigung des Vertrages, betreffend den Bau der genannten Eisenbahn und Anhangs.
- 5) Genehmigung des Vertrages, betreffend die der königlichen Staatsregierung hinterlegte Caution.

Die Legitimation zur Theilnahme an der General-Versammlung ist durch Vorzeigung der von einer durch uns bestimmten Einzahlungsstellen ausgefertigten Interimskquittung in der Zeit von 8 bis 10 Uhr Vormittags am Tage der Versammlung in dem oben bezeichneten Locale bei dem Bureau, welches dort zu diesem Zwecke eingerichtet sein wird, zu führen.

Der, durch die in Nr. 384 der Posener Zeitung abgedruckte Bekanntmachung vom 16. d. Mts. auf Sonnabend den 31. d. Mts. anberaumte Termin zur General-Versammlung wird hiermit, wie vorstehend geschehen, auf Montag den 2. September d. J. verlegt. Berlin, den 19. August 1872.

Das Gründungs-Comité.

Graf von Maltzan.

Frische, beste Mays- und Reinfuchen, Roggenfutter, Weizenschale, Weizengries-kleie, Balmenfernmehl und alle sonstigen Futterstoffe empfiehlt.

Posen, den 21. August 1872.

Ostdeutsche Producten-Bank.

P. P.

Da ich die hierorts liegende Glasfabrik käuflich übernommen habe und bereits arbeiten lasse, offerire ich hiermit mein auf's Beste ausfallendes Tafelglas in beliebigen Größen.

Bestellungen werde ich in bester Qualität und zu möglichst soliden Preisen prompt zur Ausführung bringen. Glasfabrik „Almahütte“ bei Grünberg i. Schl., im August 1872.

Hochachtend

Carl Lippert.

Zur gefälligen Beachtung!

Die Zahl der mir von den geehrten Herren Schäfer-Beizern, zur Zucht übergebenen Schafherden, hat sich in der letzten Zeit so sehr vermehrt, daß ich mich veranlaßt sehe, meine Zeit und die Verehrung der Herren, dem entsprechend einzutheilen. Sollten daher Schäfer-Beizern, mit noch mit Ueber-gabe ihrer Herden beehren wollen, so bitte ich ganz ergebenst, die geneigte Wünsche dieserhalb, mir noch vor 1. Oktober d. J. zukommen zu lassen, damit ich im Stande bin dieselben so gleich berücksichtigen zu können. Poln. Bissa, den 18. August 1872.

C. Firch,

Schafzüchter.

Saatroggen

offerirt Samuel Brodnitz.

Die Johann Hoff'schen Glashüttenwerke zu Neufriedrichsthal

zeigen hierdurch ihren verehrten Kunden ergebenst an, daß bei dem jetzigen Betriebe von 5 Oefen allen Anforderungen prompt genügt werden kann, und im Stande sind, jeder Concurrenz in Betreff der Preise, Ziel und Qualität der Waaren die Spitze zu bieten.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß wir dem Herrn Haertel in Firma

Schneider & Haertel

eine Agentur unseres Vereins übertragen haben. Posen, 20. August 1872.

Direktorium des Sterbe-Cassen-Nenten-Vereins für die Provinz Posen.

Bezugnehmend auf obige Anzeige halten wir uns zur Annahme von Anträgen bestens empfohlen und zeichnen

Schneider & Haertel, Wasserstr. 28.

Verpachtung einer Sprittfabrik.

Eine Sprittfabrik in Dresden mit vollständigem Apparat ist sofort zu verpachten. Offerten werden sub H. L. 146 durch die Herren Saasenhein & Vogler in Dresden erbeten.

Halbweißes Tafelglas

in schönster Qualität und zu solidem Preise, sowie grünes Tafelglas empfiehlt die Glasfabrik Carlshof bei Wronke a. d. Warthe, Station der Stargard-Posener Eisenbahn.

Bier-Depot

von Oskar Mewes

empfehlte pro 100 Hl. excl. Glas:

Königsberger Lager-Bier	4 Thlr. 20 Sgr.
Berliner Actien do.	4 = — =
Bairische Doppel-Lager-Biere	3 = 10 =
Böhmisch do.	3 = 10 =
Kobylepolder, ächtes, fein	3 = 10 =
do. Bock	5 = — =
Culmbacher	5 = — =

Oskar Mewes.

Breslauerstrasse Nr. 16.

Verpachtung des Strandschlosses — Kurhauses — in dem See- und Seebade Colberger Münde.

Die Restauration in dem an der See gelegenen Strandschloß soll vom 1. Mai 1873 ab anderweit verpachtet werden. Das Etablissement enthält außer der Wohnung und den Wirtschaftsräumen für den Pächter 3 Salze, mehrere geräumige Zimmer, sowie Kuchentisch, und ist mit dem erforderlichen Mobiliar für die innere Räumlichkeit und den sehr ausgedehnten Parken ausgestattet. Die Zahl der Badegäste, welche von 3. bis 30. Juni 1873 in diesem Jahre 4000. Pächterstellen sind an die unterzeichnete Direction zu richten, welche zur Mittheilung jeder weiteren Auskunft und der Pachtbedingungen bereit ist. Colberg, im August 1872.

Die Bade-Direction.

Der Jugendspiegel für Geschwächte und Impotente das berühmteste Hülfsbuch. Preis 15 Sgr. und 2 Sgr. Rückporto beim Verleger W. Bernhardt, Berlin, Simonstrasse 2.

Hamburger Fleisch-

Waaren als: Trüffel-Wurst, Salamiwurst, Roulade, gekochtes und geräuch. Rauchfleisch empfing u. empfiehlt

F. Fromm,

Friedrichstr. 36.

Ang. Weintrauben

empfang

F. Fromm,

Friedrichstr. 36.

Hamb. Speckbücklinge

empfangen heute per Gült.

E. Schmidt,

Breslauerstr. u. Markt Ecke 60.

Echte Bordeaux-Weine von 10 Sgr. à Flasche.

J. Wróblewski,

Berlinerstrasse 13.

Jedes Quantum Butter, frische sowie eingelegte, wird zu den höchsten Preisen zu kaufen gesucht. Gest. Offerten sub

Chiffre K. # 10 befördert die Haupt-Agentur der Annoncen-Expedition von

G. L. Daube & Co.,

Posen, Wasserstr. 28.

Fische! Frische Hechte und Barsche Donnerstag Ab. 4 Uhr billigt b. Kleischoff.

Eine gebrauchte, aber noch gut erhaltene kleine Dreschmaschine (Hofwerk) wird baldigst zu kaufen gesucht. Verkaufs-Offerten sub Chiffre L. # 11. nimmt die Haupt-Agentur der Annoncen-Expedition von G. L. Daube & Co., Posen, Wasserstr. 28 zur Weiterbeförderung entgegen.

Bratheringe,

sehr fette Waare, verendet in Wall- und Schodfässern gegen Cassa-Einsendung

Herm. Neumeister, Greifswald.

Steinb. hochfeine Sahntäje, neue Citronen und Apfelsinen, sowie süße ungarische Kur-Weintrauben billig bei E. Kleischoff.

Stettin-New-York National-Dampfschiffs-Compagnie.

Der Dampfer Italy, Capt. Thompson, mit welchem die von Herrn C. Westing, Berlin und Stettin, engagirten Passagiere befördert wurden, ist nach einer sehr schnellen Reise am 13. August wohlbehalten in New-York angekommen.

Greifswalder

Pferde-Lotterie

Ziehung am 6. September c. Loose a 1 Thlr. bei M. C. Hoffmann, T. Luzinski.

Loose

der Graudener Industrie- und Gewerbe-Ausstellung deren Ziehung Ende August stattfindet, sind in der Expedition der Posener Zeitung a 1 Thlr. zu haben. Verzeichnisse der Gewinn-gewinne liegen daselbst zur Einsicht aus.

Zu der am 13., 14. und 15. November c. stattfindenden Ziehung der König Wilhelm-Lotterie 4. Serie, deren Hauptgewinn 15,000 Thlr. ist, sind Loose (ganze à 2 Thlr., halbe à 1 Thlr.) in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.

Gr. Gerberstr. 18 II. Etage rechts ist eine große Zerstörte Vorderstube mit oder ohne Möbel per 1. Oktbr. c. u. vermietlich.

Markt 91

ist vom 1. October eine Kellerpartie, zu Geschäftszwecken sich eignend, zu vermieten. Dort steht auch ein brauchbares Schaufenster zum Verkauf.

Breslauerstr. 20 sind vom 1. Sept. zwei möbl. Stuben zu verm. 2 Th. v. Sandstrasse 8 ist parterre links ein elegant möbl. Zimmer zu verm.

Sandstrasse 8 logisch oder vom 1. September ein freundl. möbl. Zimmer zu verm. Näb. im Hofe Berl. links.

Ein geprüfter Musiklehrer, welcher auch in sämtlichen Elementar-Gegenständen, sowie in den Anfangsgründen von Latein Unterricht ertheilt, wünscht noch einige Privatstunden zu geben. Nähere Auskunft ertheilen die Herren Schneider u. Haertel, Wasserstr. 28.

Eine Directrice

wird für ein feines

Wußgeschäft

der Provinz Westpreußen unter sehr günstigen Bedingungen von sogleich zu engagieren gewünscht. Adressen werden unter A. L. 10. in der Exped. d. Btg. erbeten.

Ein qualifizierter Kreiskassengehilfe wird gesucht. Fr. Offerten nimmt entgegen der Kgl. Distr.-Commiss. Büttner in Posen, Graben 30.

